

Die Wahl zum 18. Bayerischen Landtag am 14. Oktober 2018

Wahlnachtbericht und erster Kommentar

Übersichten	2
Erster Kommentar	3
Besonderheiten des Wahlsystems.....	5
Übersicht: Stimmbezirke und Wahlkreise Landtagswahl 2018.....	6
Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses	7
Erkenntnisse der Wahllokal-Befragungen (Wahlnachbefragungen)	8
Ansichten über einzelne Parteien.....	8
Erhebungen zum Wahlverhalten und sozialen Merkmalen.....	11
Wählerwanderungen	12
Erkenntnisse der Vorwahl-Befragungen.....	13
Unsicherheit der Wahlentscheidung?	13
Kleine Wechselstimmung und Koalitionspräferenzen	13
Allgemeine Stimmung und wichtige Themen	14
Ausgewählte Daten zur sozioökonomischen Entwicklung und Ergebnisse vorheriger Wahlen	17
CSU – Ende der Lagerkonfrontation auch in Bayern und die Erosion einer Staatspartei	17
Die AfD bei Wahlen in Bayern.....	18
Ausgewählte Aspekte der sozioökonomischen Struktur in Bayern	20
Bruttoinlandsprodukt und Produktivität (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)	20
Haushaltseinkommen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)	21
Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur	22
Ausgewählte Strukturdaten der Wahlkreise und Stimmbezirke	24

Übersichten

Ergebnisse der Landtagswahl am 14.10.2018 - Bayern Gesamtstimmen					
	2008		2013		2018
Wahlberechtigte	9.321.417		9.405.974		9.473.134
Wähler/-inne	5.398.356	57,9%	6.011.439	63,9%	6.854.593
Gültige Stimmen	10.612.275		11.814.594		13.549.111
CSU	4.603.960	43,4%	5.632.272	47,7%	5.047.006
SPD	1.972.437	18,6%	2.436.515	20,6%	1.317.942
Freie Wähler	1.085.896	10,2%	1.062.244	9,0%	1.571.288
Grüne	999.111	9,4%	1.018.652	8,6%	2.377.766
AfD					1.383.866
FDP	847.227	8,0%	389.584	3,3%	687.842
LINKE	461.755	4,4%	251.086	2,1%	435.949
Sonstige	641.889	6,0%	1.024.241	8,7%	727.452

Quelle: Landeswahlleiter, 15.10.2018, 02:00

Sitzverteilung im 18. Bayerischen Landtag			
	2013	2018	+ / -
CSU	101	85	-16
SPD	42	22	-20
Freie Wähler	19	27	8
Grüne	18	38	20
AfD		22	22
FDP		11	11
Gesamt	180	205	15

Quelle: Landeswahlleiter, 15.10.2018, 02:00

Nach der Sitzverteilung des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses sind als Koalitionsmöglichkeiten rechnerisch und politisch bei einer absoluten Mehrheit von 103 Sitzen vorhanden:

- CSU und Grüne mit 123 Mandaten
- CSU und SPD mit 107 Mandaten
- CSU und Freie Wähler mit 107 Mandaten

Veränderungen	Anteil an gültigen Stimmen		Gesamtstimmen
		+ / -	+ / -
Wahlbeteiligung	72,4%	8,4%	14,0%
CSU	37,2%	-10,4%	-10,4%
SPD	9,7%	-10,9%	-45,9%
Freie Wähler	11,6%	2,6%	47,9%
Grüne	17,5%	8,9%	133,4%
AfD	10,2%	10,2%	
FDP	5,1%	1,8%	76,6%
LINKE	3,2%	1,1%	73,6%

Misst man das Wahlergebnis nicht an der Zahl der gültigen Stimmen, sondern bereinigt um unterschiedliche Wahlbeteiligungen an der Zahl der Wahlberechtigten, stellt sich unter anderem das Ergebnis der CSU als besser dar denn dasjenige von 2008 (vgl. Seite 17f)

Erster Kommentar

Die Wahl zum 18. Bayerischen Landtag mobilisierte deutlich mehr Wahlberechtigte als die vorherigen Wahlen. Die Umwälzung des deutschen Parteiensystems setzt sich fort. Die Grünen könnten zum links-liberal-konservativen politischen Gegenpol zur parteipolitischen Neuformierung im rechten politischen Feld werden. Die CSU verliert erneut die absolute Mehrheit und erzielt ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1958. Die Sozialdemokraten fallen unter 10% und nähern sich in Niederbayern der fünf Prozentmarke. Die AfD bleibt hinter den Erwartungen und ihrem Bundestagswahlergebnis leicht zurück. Die hohen Verluste von CSU und SPD werden die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin weiter destabilisieren.

Die Wahlbeteiligung stieg wieder auf über 70% -eine Marke, die zuletzt bei der Landtagswahl 1986 überschritten wurde. Die hohe Wahlbeteiligung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Der Landtagswahl kam eine hohe bundespolitische Bedeutung zu, weil sie die erste Wahl nach Bildung der neuen Bundesregierung war und weil auch über das Agieren einer Regierungspartei, der selbsternannten Interessenvertreterin Bayerns in Berlin, abgestimmt werden konnte. Der Anteil der bundespolitisch motivierten Wahlentscheidungen war nach den Selbstauskünften der Befragten relativ hoch für eine Landtagswahl. Zweitens hatte das erratische wahlstrategische Agieren der Landesregierung zu einer doppelten und breiteren politischen Mobilisierung geführt, sowohl Wählerinnen und Wähler im rechten politischen Lager fühlten sich ermuntert als auch im linksliberalen Lager. Der Anstieg der Wahlbeteiligung und die Mobilisierung von Nichtwählern zeigt auch, dass von den Wählerinnen und Wählern sehr wohl Unterschiede im bestehenden Parteiensystem wahrgenommen werden und es nicht notwendig populistischer Methoden bedarf, um zu einer höheren Beteiligung zu motivieren.

Eine Landesregierung wurde erneut deutlich abgewählt. Möglicherweise geschah dies erstmals in der jüngeren Geschichte, weil eine Regierung es nicht verstanden hat, klug über ihre Erfolge zu sprechen, sondern lange Zeit all das in den Vordergrund stellte, was ihr in München wie Berlin nicht gelungen ist, weshalb mit den Partner auf Bundesebene, vor allem mit der CDU, heftiger Streit inszeniert und Grenzen bürgerlichen Anstands verschoben wurden. Selbst unter den eigenen Anhängern fand sich am Ende nur noch eine knappe Mehrheit, die eine Fortsetzung der Alleinherrschaft wünschte. In der Wahlbevölkerung rangierte diese Option deutlich hinter den Präferenzen einer Koalitionsregierung aus CSU und Freien Wählern oder CSU und Grünen – obwohl über 70% in Umfragen die Verdienste würdigten, die die CSU-Landesregierung sich um Bayern erworben habe. Eine Koalitionsbildung konnte nach dem Modell Niederbayern erfolgen: CSU plus Freie Wähler, also innerhalb eines ideologischen Milieus; oder nach dem Modell Oberbayern: CSU plus Grüne, verschiedene bürgerliche Milieus verbindend

Für die Regierungs- und Staatspartei CSU wurde die Wahl zum Rücksturz in eine bundesweite politische Normalität, die sie 2008 noch als Betriebsunfall verarbeitet hatte. Zwar erreichte sie am Ende dank der Besonderheiten des Wahlsystems ein deutlich besseres Ergebnis als in den letzten Umfragen und ersten Prognosen und Hochrechnungen, es blieb aber mit weniger als 38% beim schlechtesten Ergebnis seit 1950 (27,4%). Die CSU ist zum Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg, der zugleich mit einer sozialen Modernisierung und kulturellen Differenzierung der Lebenswelten, mit Binnen- und Außenmigration einher ging, büßte sie offensichtlich ihre Fähigkeit ein, die wachsende soziale und kulturelle Vielfalt in der Neujustierung eines modernisierenden Konservatismus zusammenzuführen. Stattdessen verlor sie in innerparteilichen Machtkämpfen und in der Auseinandersetzung mit der AfD eine klare strategische Orientierung. Wenig hilfreich war der Strategiewechsel während des Wahlkampfes, symbolhaft zugespitzt im Kampf Seehofers für Zurückweisungen an der Grenze bis kurz zum Bruch der Regierungskoalition im Juni/Juli einerseits und der Söder'schen Raumfahrtmission »Bavaria One« als hilfloses Remake von »Laptop und Lederhose« gegen Ende des Wahlkampfes andererseits.

Profitiert haben von der Orientierungslosigkeit der CSU zwei Parteien, die im Großen und Ganzen hinsichtlich ihrer Wählermilieus als Fleisch vom Fleisch der CSU betrachtet werden können, die Freien Wähler (FW) und die AfD; und auf der anderen Seite des politischen Spektrums die Grünen.

Die Freien Wähler erreichen ihr bestes Wahlergebnis in Bayern überhaupt. In zwei Wahlkreisen werden sie zweitstärkste Kraft. Sie positionierten sich in der Asyl-und Flüchtlingspolitik ähnlich rechts wie die CSU

bis zum Juli 2018, machten aber verstärkt die Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung der ländlichen Räume im Kontext der wirtschaftlichen Modernisierung zu ihrem Thema. Viele Bayern über ihren eigenen Anhängerkreis hinaus sehen in den Freien Wählern einen angemessenen Partner für eine CSU-geführte Koalitionsregierung. Gleichzeitig diente die FW konservativen, von der CSU enttäuschten Wählern und Wählerinnen als moderate Alternative zur AfD.

Die AfD blieb hinter ihren Erwartungen und hinter ihrem Bundestagswahlergebnis zurück. Möglicherweise ist ihre Art der rechten, populistischen Zuspitzung allein entlang des Flüchtlingsthemas an eine Grenze gestoßen, sowohl hinsichtlich der Methode, weil die FW inhaltlich vergleichbare Positionen ohne die verbalen Zuspitzungen vertrat, als auch hinsichtlich des Themas, da die Vorwahl-Befragungen einen eklatanten Widerspruch spiegelten zwischen dem, was medial vermittelt als wichtigstes Problem Bayerns wahrgenommen wurde und welche Themen tatsächlich die eigenen Wahlentscheidungen bestimmten. Welche Rolle dabei die zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen den kulturpolitischen (u.a. z.B. die Instrumentalisierung christlicher Symbole zu Söders Amtsantritt) und sicherheitspolitischen, AfD-affinen Kurs der Landesregierung spielten, bliebe vertieft zu untersuchen.

Schließlich kann auch die FDP als kleiner Profiteur der Absetzbewegungen von der CSU gelten. Bis zum Schluss blieb ihr Einzug in den Landtag offen, dann schaffte sie dank Oberbayern noch 5,1%.

Die Grünen haben sich in Bayern erfolgreich als liberal-bürgerliches Gegenmodell zur CSU, als Alternative für liberalkonservative CSU-Wähler und zugleich als führende Kraft im linksliberalen Lager Bayerns durchgesetzt. Gelungen ist dies mit einer einbindenden politischen Sprache, einem eher antipopulistisch zu nennenden Politikstil, der auf Lösung statt auf Streit setzte, und mit alternativen Themen, die das Bedürfnis erfassten, auch über andere Fragen als die Asylpolitik entscheiden zu wollen. Ob die Grünen damit dauerhaft und bundesweit zur zweiten politischen Kraft und damit zum Gegenpart der Union werden, sollte man vorerst der politischen Spekulation überlassen, der auch hier, siehe oben, gerne gefrönt wird. Zu beweglich sind die Wahlentscheidungen. Gleichwohl sind die Aussichten der Grünen sowohl als Partner in einer Regierung wie auch als Oppositionsführerin im bayerischen Landtag nicht schlecht, um das Ende von Alleinregierungen in Bayern dauerhaft zu besiegeln. Die Grünen werden in Bayern landesweit zweitstärkste Partei, in Niederbayern und der Oberpfalz belegen jedoch die Freien Wähler diesen Platz. Aber im größten und wirtschaftlich stärksten Regierungsbezirk Oberbayern erreicht die Partei 22% der Gesamtstimmen.

Die SPD rutschte in Bayern am Ende unter die 10%-Marke und halbierte ihren Stimmenanteil. Sie musste noch größere Verluste hinnehmen als die CSU. Christian Ude sprach kurz nach der ersten Prognose bereits vom »freien Fall«, in dem die Partei sich befinde. Unter den Landtagsparteien belegt sie nun Platz 5, noch hinter Freien Wählern und AfD. In den Wahlumfragen wird ein entscheidender Aspekt für den Niedergang der Partei herausgearbeitet, der eher vordergründige Argumente wie die erneute Einbindung in Regierungsverantwortung einer »Großen« Koalition oder fehlende Konturen überstrahlt: das Fehlen einer begeisterungsfähigen Idee, was sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert wollen könnte. Mit den Grünen verbindet man die Idee der Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt und die Bearbeitung der globalen (Klima-)Fragen, mit der CSU bisher wirtschaftliche Modernisierung bei Wahrung traditioneller Werte und Lebensart, mit der Sozialdemokratie einst Anerkennung der Rolle der Arbeit, Teilhabe durch Leistung sowie sozialen Aufstieg zu bescheidenem Wohlstand für alle. Heute sind davon eher defensive Schutzversprechen vor allerlei äußeren Übermächten wie Globalisierung, Digitalisierung geblieben, aber kein Aufbruch.

Die Partei DIE LINKE ist trotz vielversprechender Umfragewerte in den letzten Wochen des Wahlkampfes erneut nicht in den Landtag eingezogen. Man könnte auf eine gestiegene Stimmenzahl (+73,6%) verweisen und schließen, dass die sprunghaft erhöhte Wahlbeteiligung die Hoffnungen zunichte gemacht habe. Darüber sollte nicht die Frage vergessen werden, ob die Linkspartei nicht bei aller Abgrenzungsrhetorik eher das Schicksal der Parteien in der sozialdemokratischen Matrix teilt, denen es kaum gelingt, in Zeiten wachsender Unsicherheit über das, was auf die Menschen zukommt, alltagssprachlich darüber zu reden, wohin die Reise mit ihnen an der Macht gehen, was besser werden würde. Es könnte sein, auch mit Blick auf die Befunde über die SPD, dass es für erfolgreiche Wahlkämpfe nicht mehr ausreicht, über gute

Konzepte und bekannte Köpfe zu verfügen, wenn nicht zugleich über ein gesellschaftspolitisches Ordnungsmodell und die normativen Grundlagen dieser Konzepte gesprochen werden kann – Zeit für linke Grundwerte?

In der Bundespolitik wird bereits vor der Hessen-Wahl der Druck auf die SPD wachsen, die Regierungskoalition verbal in Frage zu stellen. Sollte sie bei der Hessenwahl ein ähnliches Wahldebakel erleben wie in Bayern, wäre die Strategie der Erneuerung in der Regierungsarbeit endgültig gescheitert – ohne allerdings erfolgversprechendere Alternativen zur Hand zu haben. In der CSU werden ebenfalls die Kräfte gestärkt, die die Ursachen für die Wahlniederlage in Berlin und bei der Bundeskanzlerin suchen, allein schon deshalb, weil dadurch die Auseinandersetzungen innerhalb der Landespartei übersichtlicher bleiben würden. Eine Koalition mit den Freien Wählern würde die Konflikte mit der Bundespolitik wohl weiter verschärfen.

Besonderheiten des Wahlsystems

Bei der Landtagswahl haben die Bürgerinnen und Bürger zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählen sie den Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten für ihren Stimmkreis. Insgesamt werden 91 Stimmkreisabgeordnete gewählt. Eine Besonderheit besteht darin, dass eine Erststimme auch für nicht gewählte Kandidaten und Kandidatinnen nicht verloren geht, sondern zu den Zweitstimmen für eine Partei hinzugezählt wird.

Mit der zweiten Stimme können die Wählerinnen und Wähler eine Person aus den Listen der Parteien auswählen. Insgesamt gibt es 89 Listenmandate. In jedem der sieben Regierungsbezirke stellen die Parteien eigene Listen auf, also keine landesweite Liste mit einem Spitzenkandidaten. Durch das Ankreuzen einer Person können die Wählerinnen und Wähler auch die Reihenfolge der Kandidaten auf den Parteilisten verändern. Direktkandidaten stehen nicht auf der Liste.

Zur Berechnung der Sitzverteilung im Bayerischen Landtag werden Erst- und Zweitstimmen für Parteien addiert. Erzielt eine Partei mehr Direktmandate als ihr aufgrund der Gesamtstimmenzahl zusteht, kommt es zu Ausgleichsmandaten für die anderen im Landtag vertretenen Parteien.

Der Freistaat Bayern ist in 7 Wahlkreise, die den Grenzen der Regierungsbezirke folgen, unterteilt. Die Wahlkreise sind entsprechend unterschiedlich groß. Oberbayern als größter Wahlkreis umfasst 31 Stimmbezirke und Direktmandate, Oberpfalz und Oberfranken jeweils nur 8. Die Stimmbezirke sind ebenfalls von sehr unterschiedlicher Größe in den einzelnen Wahlkreisen. Der kleinste Stimmbezirk ist Neuburg-Schönbach in Oberbayern, hier kommen rund 81.800 Wahlberechtigte auf einen Abgeordneten, der größte Stimmbezirk ist die Stadt Regensburg in der Oberpfalz, hier vertritt ein Abgeordneter 130.900 Wahlberechtigte.

LTW18 BY: Wahlkreise, Wahlberechtigte und Sitze							
Nr. Name		Stimmbezirke		Wahlberechtigte (in 1000)	Wahlberechtigte je WK (in 1000)		durchschn. Wahlberechtigte je Direktmandat
		Anzahl / Direktmandate	Sitze gesamt		Min	Max	
1	Oberbayern	31	61	3193,3	81,8	127,2	103,0
2	Niederbayern	9	18	935,0	88,4	125,7	103,9
3	Oberpfalz	8	16	855,9	82,4	130,9	107,0
4	Oberfranken	8	16	841,6	85,5	129,7	105,2
5	Mittelfranken	12	24	1270,6	87,2	129,5	105,9
6	Unterfranken	10	19	1014,8	86,9	117,9	101,5
7	Schwaben	13	26	1366,9	90,0	118,6	105,1
Gesamt		91	180	9478,0	81,8	130,9	104,2

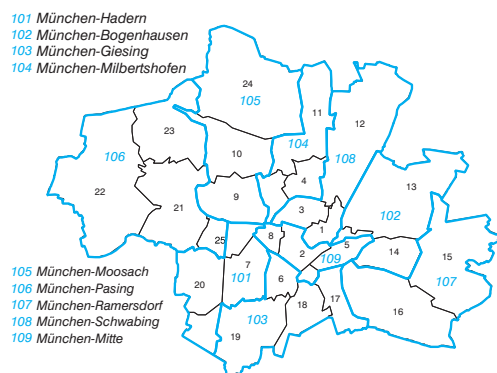
Quelle: Landeswahlleiter, Ausgewählte Strukturdaten der Stimm- und Wahlkreise; eig. Berechnungen

Die Zuschnitte der Stimmbezirke in den sieben Wahlkreisen, die den Regierungsbezirken entsprechen, stimmen nicht in jedem Fall mit den Grenzen der politischen Gebietseinheiten überein (siehe Übersichtskarte).

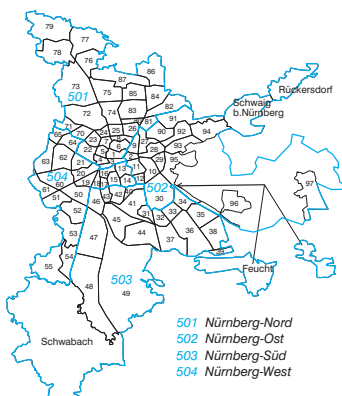
Übersicht: Stimmbezirke und Wahlkreise Landtagswahl 2018



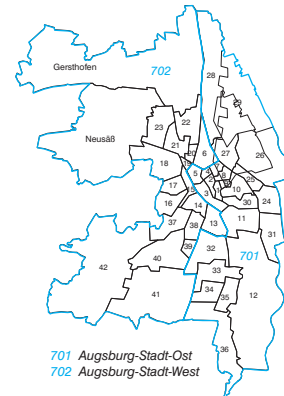
München



Nürnberg



Augsburg



Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses

Vorl. Amtl. Ergebnis in den sieben Regierungsbezirken/Wahlkreisen									
	Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- teiligung	Anteil an den gültigen Gesamtstimmen						
			CSU	SPD	Freie Wähler	Grüne	FDP	Linke	AfD
Oberbayern									
2008	3.089.041	59,6%	39,3%	19,3%	8,8%	13,1%	10,0%	3,8%	
2013	3.163.035	65,7%	47,1%	22,1%	7,1%	9,9%	3,9%	1,8%	
2018	3.199.094	74,7%	33,9%	9,6%	10,4%	22,0%	6,4%	3,1%	8,5%
2018/13	36.059	9,0%	-13,2%	-12,5%	3,3%	12,1%	2,5%	1,3%	8,5%
Niederbayern									
2008	919.436	53,9%	45,5%	14,1%	12,9%	5,8%	8,2%	4,3%	
2013	925.204	60,1%	50,4%	14,0%	14,4%	5,9%	3,6%	1,8%	
2018	931900	70,0%	38,1%	6,3%	17,8%	10,6%	4,7%	2,3%	13,4%
2018/13	6.696	9,9%	-12,3%	-7,7%	3,4%	4,7%	1,1%	0,5%	13,4%
Oberpfalz									
2008	852.653	58,2%	44,5%	18,9%	13,6%	5,6%	5,8%	4,5%	
2013	847.919	63,9%	49,9%	19,5%	12,4%	5,7%	1,9%	2,0%	
2018	849.759	73,2%	39,8%	9,6%	14,1%	12,4%	3,6%	3,0%	12,3%
2018/13	1.840	9,3%	-10,1%	-9,9%	1,7%	6,7%	1,7%	1,0%	12,3%
Oberfranken									
2008	857.540	57,8%	44,7%	21,2%	10,7%	6,7%	6,6%	4,5%	
2013	846.233	63,4%	45,9%	23,3%	9,3%	7,1%	2,8%	2,1%	
2018	834.298	71,4%	40,0%	13,6%	11,0%	13,1%	4,2%	2,9%	11,2%
2018/13	-11.935	8,0%	-5,9%	-9,7%	1,7%	6,0%	1,4%	0,8%	11,2%
Mittelfranken									
2008	1.261.932	59,2%	43,7%	22,6%	9,3%	8,7%	6,5%	5,2%	
2013	1.260.562	64,1%	43,1%	24,6%	7,5%	9,9%	3,0%	3,1%	
2018	1.283.788	71,0%	37,7%	11,9%	8,6%	18,6%	4,1%	4,7%	9,5%
2018/13	23.226	6,9%	-5,4%	-12,7%	1,1%	8,7%	1,1%	1,6%	9,5%
Unterfranken									
2008	1.024.234	57,9%	47,3%	16,7%	10,2%	8,4%	6,7%	5,2%	
2013	1.021.380	64,3%	50,1%	19,5%	8,2%	8,9%	2,9%	2,3%	
2018	1.009.670	72,3%	41,4%	10,1%	9,2%	16,3%	4,8%	3,5%	9,8%
2018/13	-11.710	8,0%	-8,7%	-9,4%	1,0%	7,4%	1,9%	1,2%	9,8%
Schwaben									
2008	1.326.581	55,4%	47,1%	15,3%	10,5%	8,5%	8,0%	4,1%	
2013	1.341.641	61,3%	49,4%	17,2%	9,7%	8,6%	3,4%	2,2%	
2018	1.364.625	70,0%	38,2%	7,7%	13,6%	17,1%	4,7%	2,8%	11,3%
2018/13	22.984	8,7%	-11,2%	-9,5%	3,9%	8,5%	1,3%	0,6%	11,3%
Quelle: Landeswahlleiter, 15.10.2018, 01:51									

Quelle: Landeswahlleiter, 15.10.2018, 01:51

- In Unterfranken gewinnen die Grünen erstmals ein Direktmandat. Mit 29,9% der Erststimmen setzt sich grün gegen schwarz (29,2%) im Stimmbezirk 610 Würzburg-Stadt durch.
- Im Wahlkreis Oberpfalz landen die Freien Wähler mit 14,1% auf Platz zwei vor dem Grünen (12,4%).
- In Niederbayern erreichen die Freien Wähler mit 17,8% ebenfalls den zweiten Platz, die Grünen landen mit 10,6% auf Platz vier hinter der AfD (13,4%). Die SPD erhält lediglich 6,3% der Gesamtstimmen.
- In Oberbayern erreichen die Grünen in der Landeshauptstadt fünf Direktmandate und insgesamt 22,0% der Zweitstimmen. Die Verluste der CSU sind hier mit 13,2 am stärksten, auch die SPD verliert hier – neben Mittelfranken – am stärksten. Die Grünen haben in Oberbayern die größten Zugewinne, die AfD ihr schlechtestes Ergebnis. Allein in Oberbayern erreicht die FDP über 5%.
- Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten erreicht die CSU mit 26,6% ein besseres Ergebnis als 2008 mit 24,7% - vgl. die Daten auf Seite 17.

Erkenntnisse der Wahllokal-Befragungen (Wahlnachbefragungen)

Die Befragungen nach Verlassen des Wahllokals bestätigen in vielfacher Hinsicht die Befunde aus den Vorwahlbefragungen.

Die wirtschaftliche Lage wurde von 89% der Befragten als »gut« bewertet (2013: 84%, 2008: 68%; 2003: 40%). Unmittelbare Sorgen um Arbeitsplätze und Einkommen, um die wirtschaftliche Zukunft prägten die Wahlentscheidung nicht. Vielmehr spielten andere Fragen des Lebensalltages eine große Rolle, mithin Fragen, die in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten, in denen die wirtschaftliche Entwicklung zu Anfang und Ende erfolgreicher Politik erklärt wurde, an den Rand gedrängt und vernachlässigt wurden.

Zufrieden mit der Landesregierung äußerten sich 48% der Befragten, Unzufrieden 50%. Den kleinsten Anteil Zufriedener und den größten Anteil Unzufriedener fand sich unter den Anhängern der AfD (22% zu 78%). Bei Grünen- und SPD-Anhängern waren 31% zufrieden, bei der FDP 38% und bei den Freien Wählern 43%. Immerhin 18% der CSU-Wähler waren unzufrieden mit ihrer Landesregierung – sahen das aber nicht als Anlass, eine andere Partei zu wählen. (Infratest dimap)

Als Gründe für ihre Wahlentscheidung nannten »sehr wichtig« 52% der befragten Wählerinnen und Wähler die Schul- und Bildungspolitik, für 51% war es die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, für 49% die Umwelt- und Klimapolitik und für 33% die Asyl- und Flüchtlingspolitik (Infratest dimap).

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik spielte bei der Wahlentscheidung zwar eine große, aber keine sehr große Rolle. In den Vorwahlumfragen wurde sie aber als wichtigstes Problem in Bayern erklärt (siehe unten im Abschnitt zu Vorwahlumfragen). Die Antworten auf die Frage, welcher Partei eine »gute« Asyl- und Flüchtlingspolitik zugetraut werde, zeigen eine weitgehende politische Polarisierung an: Es nannten 6% die AfD und 28% die CSU; 17% die Grünen und 14% die SPD, 21% traute das keiner Partei zu (Infratest dimap). Unter den vier bis fünf wichtigsten Kompetenzen, die einer Partei von allen Befragten zugeschrieben werden, tauchen die Asyl- und Flüchtlingspolitik nur den Grünen (17%) und der AfD (6%) auf.

Die Vergabe der Kompetenzwerte für die einzelnen Parteien zeigt ebenfalls eine klare Polarisierung in der Wahrnehmung der Parteien. Zwischen den Parteien »umstritten« sind die Kompetenzzuschreibungen in den Themen ländlicher Raum, Bildungs- und Familienpolitik. Für die anderen Themen gibt es mehr oder weniger kompetent vermutete Parteien im rechten oder linken Feld.

Kompetenzen der Parteien (alle Befragten) (Angaben in Prozent)						
	CSU	FW	AfD	FDP	SPD	Grüne
Kriminalitätsbekämpfung	67		6			
Wirtschaft	63			9		
Stärkung des ländlichen Raumes	38	20				16
Bildungspolitik	37	8		5	19	
Familienpolitik	30	7			26	14
Gesetze anwenden			7			
Asyl- und Flüchtlingspolitik			6			17
Soziale Gerechtigkeit					30	
Bezahlbarer Wohnraum					30	
Naturschutz						69
Umwelt- und Klimapolitik						66
Infratest dimap, Wahlabend 19:45						

Ansichten über einzelne Parteien

Der Regierungspartei werden in den mitgeteilten Befragungsergebnissen eindeutige Fehler nachgesagt. Allerdings ist hier – wie bei allen anderen Fragen auch – die genaue Fragestellung nicht mitgeteilt worden, so dass nicht abschließend bewertet werden kann, was Originalaussage und was interpretierte Aussage ist. 76% der Befragten finden, dass die CSU »Bayern über Jahrzehnte gutgetan« hat.

Sind die Kompetenzwerte für die CSU eher leicht rückläufig, so fallen die allgemeinen Urteile gravierender aus. 70% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sich die CSU »zu sehr auf die Flüchtlingspolitik konzentriert und Anderes vernachlässigt habe, immerhin 51% der CSU-Anhänger teilen ebenfalls diese Auffassung – und 73% der ehemaligen CSU-Wähler teilen diese Meinung. 48% aller Befragten sind zudem der Auffassung, dass die CSU mittlerweile »zu hart gegenüber Fremden« agiert. Diese Haltung findet sich bei ehemaligen CSU-Wählern womöglich darin wieder, dass 54% von ihnen meinen, die Partei »hat ihre christlichen Überzeugungen aufgegeben«. Schließlich: 55% aller Befragten finden, dass die CSU »einfach zu oft den Streit« sucht, das finden auch 63% der abtrünnigen CSU-Wähler, unter denen 50% weiterhin die Aussage teilen, dass die CSU »verhindert, dass in Berlin ordentlich regiert wird«. Die negativen Urteile über die CSU entspringen nahezu vollständig der über lange Zeit dominanten Strategie zur Eindämmung der AfD: Eigenständigkeit durch Abgrenzung von der CDU-Regierungspolitik demonstrativ herstellen, wie die AfD eine »Herrschaft des Unrechts« anprangern und damit die eigene Regierungsarbeit in Frage stellen statt die zweifellos vorhandenen Erfolge herauszustellen. Diese Befragungsergebnisse stehen für die Verluste in Richtung liberale Mitte. In den Ansichten von AfD-Wählern über die CSU, die ihnen nicht mehr konservativ genug sei oder frühere Positionen der AfD überlassen habe, kommt das Scheitern des Anpassungskurses von Seehofer, Söder und Dobrindt zum Ausdruck. Verantwortlich gemacht wird als Person dafür vor allem Horst Seehofer.

Die Ansichten über die AfD spiegeln, dass diese Partei ihre ideologischen Bindungen in früheren CSU-Milieus hat. Die AfD vertrete frühere CSU-Positionen, die CSU sei nicht mehr konservativ genug, vor allem aber die Themen Kriminalität und Asyl- und Flüchtlingspolitik werden als bestimmend für die Wahlentscheidung genannt. Wenn dabei auf »Protest« oder »Enttäuschung über andere Parteien« rekurriert wird,

»Ist rechtsextremes Gedankengut in der AfD weit verbreitet?«	
	Ja
ALLE	78%
ja, Anhänger der	
CSU	79%
SPD	92%
FW	87%
Grüne	97%
FDP	96%
LINKE	88%
AfD	9%
FGW/zdf.de, 14.10.2018, 19:10	

so lässt sich dies nicht beliebig erklären, sondern diese Protesthaltung hat einen politischen Inhalt, der strengere Grenzkontrollen, Flüchtlingsabwehr und eine konservativ-reaktionäre Gesellschaftspolitik will. Vor allem scheut dieser Protest auch nicht davor zurück, sein Kreuz bei einer Partei zu machen, von der sogar 58% der eigenen Wähler der Auffassung sind, dass sie sich »nicht genug von rechtsextremen Positionen distanzieren«. Diese Werte wurden bei allen Landtagswahlen zuvor ebenfalls ermittelt. Während die Anhänger aller anderen Parteien finden, dass rechtsextremes Gedankengut in der AfD »weit verbreitet« ist, sehen das nur/immerhin 9% der AfD-Anhänger auch so. AfD zu wählen bedeutet nicht erst seit »Chemnitz«, es nicht mehr schlimm zu finden, mit Rechtsextremen (womöglich) gemeinsame Sache zu machen.

Unter den Ansichten über die SPD fällt vor allem eine ins Auge: »Es fehlt ihr ein Thema, mit dem sie die Menschen begeistern kann.« Diese Auffassung vertreten 79% aller Befragten, 58% der SPD-Wähler und 85% aller ehemaligen SPD-Wähler. Daher wissen 71% auch nicht, »wofür sie eigentlich steht« und finden 76% aller Befragten, 88% der SPD-Anhänger und 86% der ehemaligen SPD-Wähler, dass es Zeit wird, »dass sie sich in Berlin in der Opposition erneuern kann«. Erneuerung und Opposition sind natürlich keine siamesischen Zwillinge, auch in der Opposition gelingt Erneuerung, wenn es ein begeisterungsfähiges Thema gibt. Begeisterung erwächst nicht aus defensiver Haltung, die kaum über Schutzversprechen – vor den Folgen der Digitalisierung, Globalisierung, Spekulation – hinauskommt. Begeisterung, das zeigt die sozialdemokratische Geschichte, erwächst daraus, wenn eine bessere Zukunft gewonnen werden kann, wenn Hoffnungen auf einen guten Platz in der Gesellschaft zu politischen Anliegen geformt werden können. Diesem zentralen Aspekt gegenüber ist eher nachrangig, dass die Partei Kompetenzwerte in Sozialer Gerechtigkeit eingebüßt hat.

In gewisser Hinsicht teilt die Linkspartei das sozialdemokratische Dilemma. In den Themenfeldern Soziale Gerechtigkeit (8%) sowie Bezahlbarem Wohnraum (7%) und in der Familienpolitik (5%) werden ihr von allen Befragten Kompetenzen zugebilligt, die aber nicht ausreichen, um die Sperrklausel zu überwinden. Sie bildeten angesichts der Themen, die im bayerischen Wahlkampf verhandelt wurden, eher ein Nischendasein bzw. wurden der Partei in den Wähler mobilisierenden Fragen keine entscheidenden, die Polarisierung aufgreifenden Kompetenzen zugemessen.

Die Freien Wähler erhalten Kompetenzzuschreibungen, die ihrer Gründungsgeschichte entsprechen, als »Laptop und Lederhose« nach den Auffassungen etlicher CSU-Anhänger über den ländlichen Raum hinweggehen. Sie ist, mehr noch als die AfD, als Abspaltung aus CSU-Milieus erkennbar.

Den Grünen ist es offensichtlich gelungen, die zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen die rechte CSU-Politik (Demonstrationen gegen Polizeigesetz, Asylpolitik) und Urbanisierung (Wohnraum, ländlicher Raum) für sich zu nutzen und sich als liberale, bürgerliche Alternative zu profilieren, die weder laut krakeelt noch unnötig zuspitzt, also einen werbenden Politikstil mit erkennbaren inhaltlichen Polen verbindet. Das betrifft sowohl alternative Themen (Naturschutz, Umwelt- und Klimapolitik) als auch alternative Positionen in von mehreren Parteien umkämpften Themen (Asyl- und Flüchtlingspolitik, Stärkung des ländlichen Raums, Familienpolitik) als eben übergreifende Einstellungen und Haltungen. 59% der Befragten Wählerinnen und Wähler aller Parteien finden es gut, dass die Grünen sich für eine »humane Flüchtlingspolitik einsetzen« und 56%, dass sie »Werte verteidigen, die mir wichtig sind«. Bei den Grünen-Wählern sind diese Werte selbstredend noch ausgeprägter (97% und 93%), hinzukommt:

Parteikompetenzen im Bereich ...			
	CSU	SPD	Grüne
Flüchtlingspolitik	31%	11%	17%
Wohnungsmarkt	23%	16%	6%
Schule/Bildung	34%	14%	9%
Umwelt	15%	1%	59%
Familie	35%	16%	15%
Soziale Gerechtigkeit	25%	22%	13%
Wirtschaft	49%	6%	4%
Zukunft	39%	6%	11%

FGW/zdf.de, 14.10.2018, 19:10

»Setzen sich mehr als andere Parteien für die Bürgerrechte ein.« (71% der Grünen-Anhänger) Alles in allem finden es mittlerweile 59% der befragten Bayern »gut, wenn die Grünen an der Regierung beteiligt wären«. All das machte die Grünen attraktiv für ehemaliger der SPD und der CSU gleichermaßen.

»Die Politik müsste mehr tun, um unsere Tradition und Lebensart zu erhalten.«		
Wähler/-innen der	ja	nein
AfD	97	3
CSU	75	23
FW	71	27
FDP	53	44
SPD	46	54
Grünen	27	71
ALLE	58	
»Ich habe Sorge, dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.«		
Grünen	18	
EX-CSU-Wähler	61	
ALLE	51	
»Ich habe Sorge, dass unsere Kultur in Deutschland nach und nach verloren geht.«		
AfD	100	
FW	68	
CSU	61	
SPD	37	
Grünen	20	
ALLE	52	
»Bayern verändert sich stärker und schneller als ich gut finde.«		
ALLE	30	

Infratest dimap, ARD, 14.10.2018, 21:30

Auf die große Rolle, die der kulturellen Modernisierung, der Ausdifferenzierung der Lebenswelten, der Zuwanderung aus dem In- und Ausland in den Alltagsgesprächen und kulturellen Alltagswelten zu kommt und wie entscheidend hier womöglich war, dass die CSU ihre Fähigkeit verloren hat, einen modernisierenden Konservatismus zu prägen, kommt in den nebenstehend wieder gegebenen Befragungsergebnissen am Wahltag zum Ausdruck. Gleichzeitig machen sie vorstellbar, wie sehr die Grünen hier als Gegengewicht zur offenen rechten Flanke der CSU wurden.

Erhebungen zum Wahlverhalten und sozialen Merkmalen

Die Nachwahlbefragungen zum Wahlverhalten werden hier auf dem Stand der Veröffentlichungen kurz vor Mitternacht des Wahltages präsentiert. Sie können sich im Laufe der Auswertungen noch leicht verändern.

Wer wählte was? (Infratest dimap, Stand 14.10.2018, 23:30) (Angaben in %)													
	CSU		SPD		Freie Wähler		Grüne		FDP		DIE LINKE		AfD
	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2018
ALLE	49	37	20	10	9	11,5	8	18	3	5	2	3	10
Männer	49	37	20	9	9	11	7	16	3	6	2	3	13
Frauen	50	38	21	10	8	12	10	20	2	4	2	3	7
Alter													
18-24	41	27	18	7	8	10	10	23	3	9	3	6	7
25-34	44	30	17	7	9	11	9	20	3	8	2	5	11
35-44	46	34	18	7	10	11	11	21	3	5	2	3	12
45-59	45	35	22	8	10	13	11	20	3	5	2	3	12
60-69	55	41	22	12	8	13	6	16	3	3	2	2	10
70 u.m.	63	53	22	15	5	14	3	10	3	3	1	1	5
Erstwähler	41	26	17	6	8	10	11	24	3	9	3	5	7
Kurzentschlossene	44	36	20	10	12	16	8	16	3	6	2	3	6
einfache Bildung		44		11		13		7		2		3	15
hohe Bildung		29		10		9		28		8		3	6
Landgemeinden	54		17				7	14					
Kleinstädte	50		20				8	17					
Mittelstädte	48		21				9	19					
Großstädte	40	28	29	13		7	11	27		7		6	8
Erwerbsstatus													
Arbeiter	49	31	20	9	9	13	4	9	1	2	4	3	23
Angestellte	45	32	20	8	9	12	11	21	3	4	2	4	10
Selbstständige	45	38	19	7	9	12	12	23	6	3	2	1	6
Landwirte	59		7		15		9		4		0		
Rentner	59	50	23	13	7	11	4	9	3	2	1	1	7
Arbeitslose	39		20		8		5		4		7		

Die Grundaussagen sind bei der Forschungsgruppe Wahlen die gleichen wie bei Infratest dimap.

Wer wählte was? (Forschungsgruppe Wahlen, 14.10.2018, 23:30) (Angaben in %)													
	CSU		SPD		FW		Grüne		FDP		LINKE		AfD
	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2018
ALLE	47,7	37	20,6	9	9,0	12	8,6	18	3,3	5	3	3	10
Geschlecht													
Frauen	48	37	21	10	9	13	10	20	2	5		3	8
Männer	48	37	20	9	8	11	7	17	4	6		4	13
Alter													
unter 30	40	28	19	7	9	10	10	22	3	9		5	10
30-44	46	33	17	7	10	12	11	20	4	6		4	12
45-59	44	34	22	8	10	13	11	21	3	4		3	12
über 60	57	47	23	13	7	12	4	12	4	3		2	8
Beruf													
Arbeiter	50	37	22	8	10	14	4	11	2	4	4	4	17
Angestellte	46	35	22	10	9	12	10	20	3	6	3	3	9
Beamte	44	31	23	12	10	10	12	23	5	4	2	1	6
Selbstständige	46	37	16	7	7	10	12	21	10	9	3	2	10
Bildung													
Hauptschulabschluss	58	48	18	11	8	13	3	7	2	2		2	13
mittlere Reife	51	39	19	9	9	14	7	14	2	4		3	12
Abitur	42	31	20	8	8	9	14	25	3	6		5	9
Hochschulabschluss	36	26	24	10	8	8	19	34	5	8		4	5

CSU und SPD haben ihren größten Zuspruch unter den älteren Wählern, aber auch die Freien Wähler finden hier überdurchschnittlichen Zuspruch.

Die AfD wird weiterhin überdurchschnittlich von Männern im Alter von 35/40 Jahren bis 60 Jahren gewählt, von Wahlberechtigten mit eher einfachem Bildungsgrad und von Arbeitern. Besonders ist, dass in Bayern der Stimmenanteil unter Hauptschülern leicht über demjenigen bei mittleren Schulabschlüssen lag. Die CSU verlor unter Arbeitern 18 Prozentpunkte, die SPD 11 Prozentpunkte. Diese Verluste von zusammen 29 Punkten verteilen sich vor allem auf die AfD, dann noch auf die Grünen und die Freien Wähler. Da bei der Forschungsgruppe Wahlen verrentete Arbeiter nicht gesondert unter Rentnern gezählt werden, fallen die Werte hier etwas anders aus.

Die CSU bleibt indes trotz der hohen Verluste unter Arbeitern und Angestellten die stärkste Partei. Die Grünen schließen bei den höher Gebildeten zur CSU auf bzw. überholen die CSU bei den Hochschulabsolventen (Forschungsgruppe Wahlen). Auch bei den jüngeren Wählerinnen Wählern rücken die Grünen an die CS heran, während die SPD hier starke Verluste erleidet.

Wählerwanderungen

Die Schätzungen von Infratest dimap zu den Wählerwanderungen (Stand: 14.10.2018, 23:30) zeigen, dass die CSU im Saldo an die Grünen und die AfD jeweils 180.000 Wähler verloren hat und an die Freien Wähler nochmals 170.000.

Die SPD verliert in alle Richtungen. Die Grünen gewinnen vor allem von SPD, CSU und Nichtwählern, verlieren 10.000 Wähler an die AfD.

Ausgewählte Wähler(innen)wanderungen (Nettosalden)					
	Von Nichtwählern an		Von SPD an		An die AfD von
CSU	200.000	31%	100.000	21%	180.000 26%
SPD	-10.000				30.000 4%
Grüne	120.000	19%	210.000	44%	10.000 1%
FW	70.000	11%	70.000	15%	60.000 9%
FDP	30.000	5%	10.000	2%	10.000 1%
AfD	170.000	27%	30.000	6%	
Andere	60.000	9%	50.000	10%	220.000 32%
Nichtwähler			10.000	2%	170.000 25%
Infratest dimap, ARD, 14.10.2018, 23:30					

Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren vor allem die CSU und AfD, was dafür spricht, dass vor allem 2008 und 2013 demobilisierte frühere CSU-Wähler und -Wählerinnen an die Wahlurnen mobilisiert werden konnten. Rechnet man die Stimmen für die FW hinzu, so gingen fast 70%

der ehemaligen Wahlenthalter an die Parteien im rechten Lager (mit der FDP fast drei Viertel). Die Grünen konnten immerhin ein knappes Fünftel der ehemaligen Nichtwähler für sich gewinnen. Die SPD verlor rund 45% ihrer Stimmen an Parteien, die im politischen Spektrum rechts von ihr angesiedelt sind und genauso viele an die Grünen.

Woher kommen die Wähler der AfD?		
Heutige AfD-Wähler haben 2013 gewählt:		
	Schätzung	Verteilung
CSU	190.000	27%
SPD	50.000	7%
Freie Wähler	40.000	6%
Andere	220.000	31%
Nichtwähler	200.000	29%
FGW, ZDF, 14.10.2018, 23:00		

Die Herkunft der AfD-Wähler wird von beiden Instituten ähnlich geschätzt.

Erkenntnisse der Vorwahl-Befragungen

Unsicherheit der Wahlentscheidung?

Wenige Tage vor dem Wahltermin zeigten sich nach der letzten Vorwahlumfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer noch 42% der Befragten unentschieden, ob sie überhaupt zur Wahl gehen würden und wen sie im Falle einer Beteiligung wählen würden. Wie viele am Ende kurzentschlossene Wählerinnen und Wähler sich in dieser Gruppe befanden, bleibt bei einer Wahlbeteiligung von rund 60% höchst spekulativ, auch wenn die Wahlkämpfer aus dieser Unentschlossenenquote Motivation und Hoffnung generieren wollen. Andererseits lag die Briefwählerquote, also der Anteil der Frühentschlossenen, bereits bei der letzten Landtagswahl mit rund 36% ziemlich hoch. Bereits Anfang September hatten im Ländertrend Bayern von Infratest dimap für den Bayerischen Rundfunk 55% der Befragten erklärt, dass ihre Wahlentscheidung »fest« oder »so gut wie fest« stehe. Anfang Oktober vermeldete Infratest dimap, dass für 50% der Befragten die Wahlentscheidung fest stehe, dass 28% zur Nichtwahl tendierten und 22% nicht ausschlossen, ihre Präferenz nochmals zu ändern.

Die Tendenz der letzten »Sonntagsfragen« zeigten ein »Stabilisierung« der CSU bei etwa 35%, einen anhaltenden Aufwärtstrend der Grünen Richtung 20%, nahezu einen Dreikampf um Platz drei zwischen SPD, Freien Wählern und AfD und Kampf um den Einzug in den Landtag für FDP und DIE LINKE, wobei letztere mit 4% die schlechtere Ausgangsposition zugeschrieben bekam als die FDP mit 5,5%. Tatsächlich ist die »Unsicherheit« vor dem Wahltag nicht größer als bei anderen (Landtags-)Wahlen auch.¹

Für die Frage, ob und wen man wählt wurde zum Ende des Wahlkampfes die Landespolitik mit 58% zwar wichtiger, gleichwohl gaben zwei von fünf Befragten an, dass die Bundespolitik für sie entscheidend sein (FGW). Vermutlich auch wegen dieses hohen bundespolitischen Anteils zeigten 10% mehr Befragte gut einen Monat starkes oder sehr starkes Interesse an der Landtagswahl als fünf Jahre zuvor.

Kleine Wechselstimmung und Koalitionspräferenzen

Auffällig an den Vorwahl-Befragungen war der anhaltend niedrige Zustimmungswert für eine Fortsetzung der CSU-Alleinregierung. Der Wahlslogan der CSU, »Das Beste für Bayern«, fand wohl nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der sinkende CSU-Werte in der Sonntagsfrage, auch unter den CSU-Anhängern immer weniger Zuspruch. Im Juli 2018 fanden 70% der CSU-Anhänger eine Fortsetzung der Alleinregierung der CSU »sehr gut« bzw. »gut« für Bayern und 28% »weniger gut« bzw. »schlecht«. Anfang Oktober unterstützte nur noch eine knappe Mehrheit von 52% der CSU-Anhänger diese Option, 43% wünschten eine Koalitionsregierung. Wenn nicht einmal mehr die eigenen Anhänger durch machtpolitische Erwägungen zu überzeugen sind, so spricht das dafür, dass auch unter potentiellen CSU-Anhängern die Frage, mit wem die Partei denn regieren könnte und sollte, bei der taktischen Wahlentscheidung an Bedeutung erhält.

Die Kurswende von Markus Söder, mitten im Wahlkampf nach der Annäherung nun die Abgrenzung von der AfD zu betonen, spiegelte sich im Übrigen auch in der Einstellung der AfD-Anhänger zu einer weiteren CSU-Alleinregierung. Im Juli fanden das 39% der AfD-Anhänger »sehr gut/gut«, Anfang Oktober nur noch 29%. Unter den Anhängern von Freien Wählern und FDP blieb der Anteil derjenigen, die eine Fortsetzung der CSU-Alleinregierung favorisierten, mit je etwa einem Sechstel über diesen Zeitraum stabil. Bei den Parteien im linken Feld gab es nur minimale Zustimmung.

Der Anteil der Befürworter einer weiteren CSU-Alleinregierung unter allen Befragten sank im ARD-BayernTrend von 31% im Juli auf 23% Anfang Oktober. Eine deutliche Mehrheit wünschte sich einen Wechsel in der Landesregierung, allerdings – sei es aus Realismus angesichts der laut Umfragen möglichen Konstellationen, sei es aus dem Wunsch nach moderater Korrektur der CSU-Politik – nur einen kleinen. Etwa gleich viele Befragte befürworteten im September eine Koalition der CSU mit den Freien Wählern und eine Koalition der CSU mit den Grünen, ein gutes Drittel votierte für eine Koalition aus CSU und FDP und

¹ Zum Verlauf der »Sonntagsfragen« und politischen Stimmungslage im einzelnen siehe: www.dawum.de

ein knappes Drittel für eine Koalition aus CSU und SPD.² Unter CSU-Anhängern waren Koalitionen mit FW und FDP mit jeweils 52% Unterstützung am beliebtesten, eine Koalition mit den Grünen konnten sich im Juli 38% der CSU-Anhänger vorstellen -immerhin mehr als eine Koalition mit der SPD (29%). Eine Koalition mit der CSU fanden wiederum 91% der Anhänger FW, 84% der FDP-Anhänger und 78% der Grünen-Anhänger eine »sehr gute« oder »gute« Regierungsoption für Bayern, aber nur 59% der SPD-Anhänger. AfD-Unterstützer wiederum lehnten mit jeweils deutlich über 90% eine Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen ab. Jeweils ein Drittel der AfD-Anhänger votierte für eine Koalition aus CSU und FDP oder CSU und Freien Wählern.

Wenn die CSU nicht mehr an der Regierung beteiligt wäre, dann fänden das, so die FGW am Wahlabend, 62% der Befragten schlecht und 19% gut. Unterschieden nach Parteianhängern fänden das mehrheitlich schlecht die Anhänger von CSU (95%), Freien Wählern (72%), AfD (53%) und FDP (51%) und nur eine Minderheit der Anhänger von SPD (43%), Grünen (34%) und LINKE (14%).

Allgemeine Stimmung und wichtige Themen

Geben die Verhältnisse in Bayern eher Anlass zu ... (%) (Juli 2018)		
	Zuversicht	Beunruhigung
Gesamt	40	54
Alter		
18-39	43	52
40-64	39	55
65+	40	54
Geschlecht		
männlich	46	45
weiblich	35	62
Bildung		
niedrig	36	57
mittel	42	52
hoch	42	53
Parteianhänger		
CSU	66	30
SPD	22	73
AfD	25	73
FDP	43	44
Grüne	32	64
Freie Wähler	50	47
Infratest dimap, Bayertrend, Juli 2018		

Die allgemeine Stimmungslage scheint sich im Verlauf des Wahlkampfes verändert zu haben. Gab im Sommer noch eine deutlich Mehrheit der Befragten an, dass die Verhältnisse in Bayern eher Anlass zur Beunruhigung gäben (54%), so fand zwei Monate später eine knappe Mehrheit, dass sie eher Anlass zur Zuversicht böten. Soweit die Daten differenziert vorliegen, fällt vor allem der Stimmungswandel unter Anhängern von SPD und Grünen auf.

Geben die Verhältnisse in Bayern eher Anlass zu ... (%) (September)		
	Zuversicht	Beunruhigung
ALLE	48	46
Anhänger von:		
CSU	63	32
SPD	47	45
Freie Wähler	45	53
Grüne	53	45
FDP	52	44
AfD	25	70
LINKE	19	80
Infratest dimap, Bayertrend, September 2018		

Die wachsende Zuversicht über die Verhältnisse in Bayern fällt mit einer im gleichen Zeitraum abnehmenden Bedeutung des Flüchtlings- und Zuwanderungsthemas zusammen. Im Juli erklärten noch mehr als die Hälfte der Befragten den Themenkomplex »Asyl« zum wichtigsten politischen Problem in Bayern, zwei Monate später noch 44%. Andere Themen nahmen leicht an Bedeutung zu.

Auffällig ist dieses Zusammenspiel vor allem auch deshalb, weil die Meinungen darüber, was das wichtigste und das zweitwichtigste politische Problem in Bayern sei, auf den ersten Blick gar nicht

² Die Forschungsgruppe Wahlen förderte Anfang Oktober ähnliche Daten zutage: Nur 31% fanden eine weitere CSU-Regierung gut, 48% waren für eine Koalition als CSU und Grünen, 45% für CSU und FW und 32% für CSU und SPD.

zusammenfallen mit den Angaben darüber, was das wichtigste Thema für die eigene Wahlentscheidung bei der Landtagswahl sei (Infratest dimap Anfang Oktober).

»Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Bayern, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?«		
Themenkomplex (Angaben in %)	Jul 2018	Sep 2018
Flüchtlinge/Einwanderung/Asylpolitik	52	44
Wohnen/Mieten	17	22
Bildung/Schule/Ausbildung	17	19
Rente/Alterssicherung	10	13
Infrastruktur (Straßen, Brücken, Krankenhäuser, Internet)/Verkehr	10	10
Gesundheitswesen/Pflege	10	10
Umweltschutz/Klimawandel/Tierschutz	6	10
Soziale Ungerechtigkeit/Armut/Hartz IV	9	9
Familienpolitik/Kinderbetreuung	6	8
Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	6	5
Innere Sicherheit/Kriminalität/Terror	5	5
Infratest dimap, BayernTrend, September 2018		

»Ich nenne Ihnen jetzt einige politische Themen. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig das jeweilige Thema für Ihre Wahlentscheidung bei der Landtagswahl ist.«				
	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
wie Schul- und Bildungspolitik gestaltet wird	55	35	8	1
wie die Natur in Bayern geschützt wird	46	42	11	1
wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird	45	36	15	3
wie Ungerechtigkeit in der Gesellschaft verringert wird	41	45	10	2
wie die Polizei für unsere Sicherheit sorgt	40	41	16	2
wie Zuwanderung geregelt wird	39	42	15	3
wie sich Horst Seehofer in der Bundesregierung verhält	26	30	27	16
wie die Bundesregierung aus CSU, CDU und SPD zusammenarbeitet	21	41	27	10
Infratest dimap, BayernTrend, Oktober 2018				

Die Unterschiede lassen sich verstehen, wenn man die Frage nach den wichtigsten Problemen verstanden wird als Frage danach, was medial als solches vermittelt und wahrgenommen wird und die Antwort auf Frage nach wahlentscheidenden Themen eher als Spiegel der eigenen Sichtweise verstanden wird. Die Frage nach den wichtigsten Themen im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen zeichnete ein ähnliches Bild für Mitte September und Anfang Oktober: »Flüchtlinge/Asyl« hielten 37% bzw. 34% der Befragten für das wichtigste Thema, Wohnungsmarkt 24% bzw. 23%, »Schule/Bildung« 13% und 10%, »Umwelt/Energiewende« 12% und »CSU: Streit/Zustand« 10%.

Bemerkenswert in den Erhebungen von Infratest für den Bayerischen Rundfunk ist: Knapp ein Fünftel hält die Schul- und Bildungspolitik für eines der wichtigsten Probleme in Bayern, aber für 90% ist es ein für die Wahlentscheidung wichtiges Thema.³ Unterschieden nach Parteianhängern ergibt sich ein relativ geringer Stellenwert für das bundespolitische Agieren der CSU bzw. von Horst Seehofer mit Ausnahme bei Grünen und FW-Anhängern, eine deutliche Dominanz des Zuwanderungsthemas bei der AfD (und mit Abstand bei der CSU).

³ Methodisch ist festzuhalten, dass die Frage nach den wahlentscheidenden Themen nicht auf zwei Antwortmöglichkeiten beschränkt war.

»Ich nenne Ihnen jetzt einige politische Themen. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig das jeweilige Thema für Ihre Wahlentscheidung bei der Landtagswahl ist.«						
	CSU	SPD	FW	Grüne	FDP	AfD
wie Schul- und Bildungspolitik gestaltet wird	47	73	55	58	58	35
wie die Natur in Bayern geschützt wird	35	49	35	67	37	33
wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird	35	62	54	47	44	42
wie Ungerechtigkeit in der Gesellschaft verringert wird	31	41	52	44	21	46
wie die Polizei für unsere Sicherheit sorgt	55	21	36	29	49	56
wie Zuwanderung geregelt wird	41	27	42	31	39	85
wie sich Horst Seehofer in der Bundesregierung verhält	17	34	32	36	22	22
wie die Bundesregierung aus CSU, CSU und SPD zusammenarbeitet	16	26	15	27	26	22
Infratest dimap, Bayertrend, Oktober 2018						

Umwelt- und soziale Themen stehen bei Anhängern der SPD und den Grünen im Vordergrund. Die Verringerung der »Ungerechtigkeit« in der Gesellschaft spielt bei Anhängern der FW und der AfD eine große Rolle, wobei offenbleibt, was jeweils darunter verstanden wird. Bei AfD-Anhängern könnte man einen Zusammenhang mit der Zuwanderungsfrage vermuten, aber auch ein allgemeineres Gefühl, nicht mehr zu bekommen, was einem früher einmal zustand (siehe Anhaltspunkte dafür im Abschnitt zur sozioökonomischen Entwicklung).

Insgesamt sah eine deutliche Mehrheit von 70%, dass Bayern »gut« »auf die Zukunft vorbereitet« sei (2013 aber: 85%), 24% (11%) sahen Bayern »schlecht« vorbereitet. (Forschungsgruppe Wahlen, 14.10.2018)

Ausgewählte Daten zur sozioökonomischen Entwicklung und Ergebnisse vorheriger Wahlen

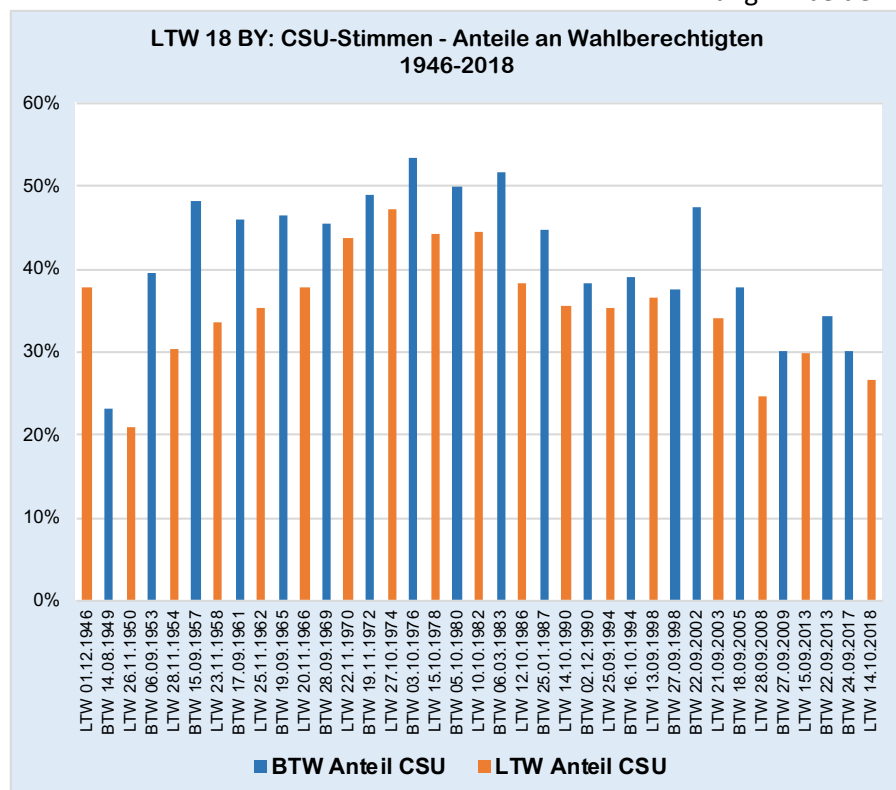
CSU – Ende der Lagerkonfrontation auch in Bayern und die Erosion einer Staatspartei

Bei der Landtagswahl 2008 verlor die CSU erstmals seit der Landtagswahl 1958 die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag. Voraufgegangen war der von heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen begleitete Sturz von Edmund Stoiber und die Doppelregentschaft von Kurt Beckstein und Erwin Huber. Die CSU erreichte nur noch knapp über 43% der Stimmen und sah sich gezwungen, erstmals wieder eine Koalitionsregierung zu bilden. Zur Verfügung stand die FDP, die nach mehreren vergeblichen Anläufen gerade mal wieder den Sprung in den Landtag geschafft hatte. Gleichzeitig war bei der Landtagswahl die Wahlbeteiligung erneut unter 60% geblieben.

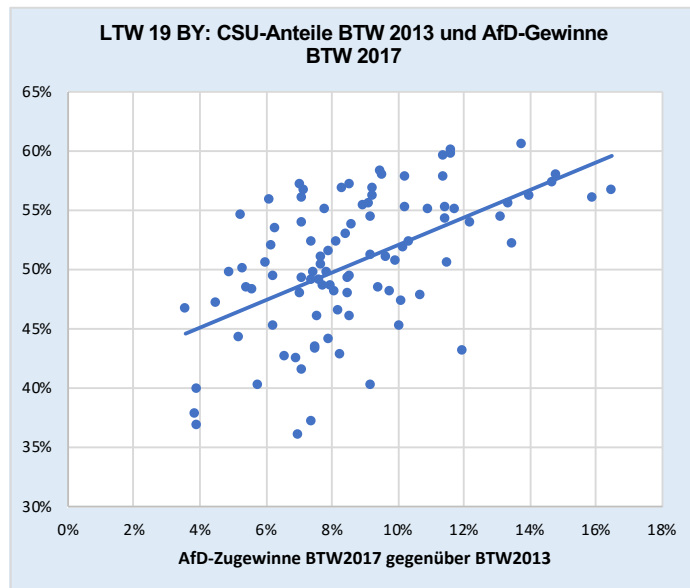
LTW 18 BY: Anteil der gültigen Stimmen im Verhältnis zu Wahlberechtigten (Schätzung)					
	1998	2003	2008	2013	2017
CSU	36,4%	34,1%	24,7%	29,8%	26,6%
Freie Wähler	2,5%	2,3%	5,8%	5,6%	8,3%
AfD					7,3%
FDP	1,1%	1,4%	4,5%	2,1%	3,6%
SPD	19,8%	11,0%	10,6%	12,9%	7,0%
Grüne	3,9%	4,4%	5,4%	5,4%	12,6%
Linke			2,5%	1,3%	2,3%
Sonstige	6,0%	3,9%	4,4%	6,4%	3,8%
Nichtwähler	30,2%	42,9%	42,1%	36,4%	27,6%

Quelle: Landeswahlleiter; eigene Berechnungen (50% der Gesamtstimmen)

Das wahre Ausmaß der CSU-Verluste zeigt sich daher erst, wenn die Stimmenzahl an der Zahl der Wahlberechtigten gemessen wird. Dann zeigen sich schrittweise Veränderungen im bayerischen Parteiensystem. Bereits 2003 findet ein dramatischer Einbruch der SPD in der Wählergunst statt, die meisten ehemaligen sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern beteiligen sich nicht mehr an der Landtagswahl – und vermutlich auch nicht an den folgenden. 2008 verliert die CSU ein Drittel ihrer aktiven Zustimmung in der wahlberechtigten Bevölkerung. In beiden Fällen handelt es sich um Einbrüche in der Stammwählerschaft, deren Bedeutung weit über die aktuelle Wahl hinausreichen kann. Es ist die Erfahrung, dass man nicht immer (dieselbe Partei) wählen muss, dass es auch andere Entscheidungen geben kann. Anfang der 2000er Jahren »emanzipieren« sich die bayerischen Wählerinnen und Wähler von den traditionellen ideologischen Bindungen an den »blauen« und den »roten« Machtblock. Man muss nicht mehr CSU wählen, um die Machtübernahme durch die anderen zu verhindern. Es können auch andere Parteien (mit-)regieren. Das Wohlergehen Bayerns ist



nicht mehr unmittelbar mit der Alleinherrschaft der CSU verbunden. In den Umfragen vor der aktuellen Wahl drückte sich das auch darin aus, dass Koalitionsregierungen stärker präferiert wurden als eine weitere Alleinregierung der CSU.



2008 verlor die CSU vor allem aus landespolitischen Gründen. Ein besonders wichtiger Auseinandersetzungspunkt waren Fragen der kommunalen Selbstverwaltung und der regionalen Entwicklung. Von diesen Fragen konnten vor allem die Freien Wähler profitieren, in denen sich oftmals regional und lokal bekannte CSU-Politiker und -Politikerinnen wiederfanden. Die Verluste der CSU bei der Bundestagswahl 2017 machten deutlich, dass die CSU auch ihre besondere bundespolitische Rolle im Land – noch 2002 hatte die Aussicht, mit Edmund Stoiber einen Bayern zum Bundeskanzler zu machen, in hohem Maße mobilisierend für die CSU gewirkt – eingebüßt hatte und den Bayern eine starke Interessenvertretung in der Bundesregierung in Gestalt der CSU nicht mehr so wichtig ist wie noch zwanzig Jahre zuvor. Vor allem die AfD legte dort um so stärker 2017 zu, wo die CSU noch 2013 überproportional stark gewesen war.

Die AfD bei Wahlen in Bayern

Die AfD beteiligte sich erstmals bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 bei einer Wahl in Bayern, an der eine Woche zuvor stattfindenden Landtagswahl nahm sie nicht teil. Mit 4,3% in Bayern lag die AfD knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 jedoch schnitt die AfD mit 8,1% in Bayern besser ab als im Bundesdurchschnitt mit 7,1%. Die CSU verlor bei dieser Wahl 7,6 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD 12,4% in Bayern – ein Spitzenwert für die alten Bundesländer.

LTW18 BY: AfD bei Wahlen in Bayern 2013-2017 (Zweit-)Stimmenanteile in Regierungsbezirken				
Nr.	Bezirk	BTW 2013	EP 2014	BTW 2017
0	Bayern	4,3%	8,1%	12,4%
1	Oberbayern	4,7%	8,6%	11,2%
2	Niederbayern	3,8%	7,6%	16,7%
3	Oberpfalz	3,6%	7,3%	14,1%
4	Oberfranken	4,1%	7,4%	12,4%
5	Mittelfranken	4,2%	7,7%	11,4%
6	Unterfranken	3,7%	6,8%	10,9%
7	Schwaben	4,9%	9,5%	13,5%

Quelle: Landeswahlleiter

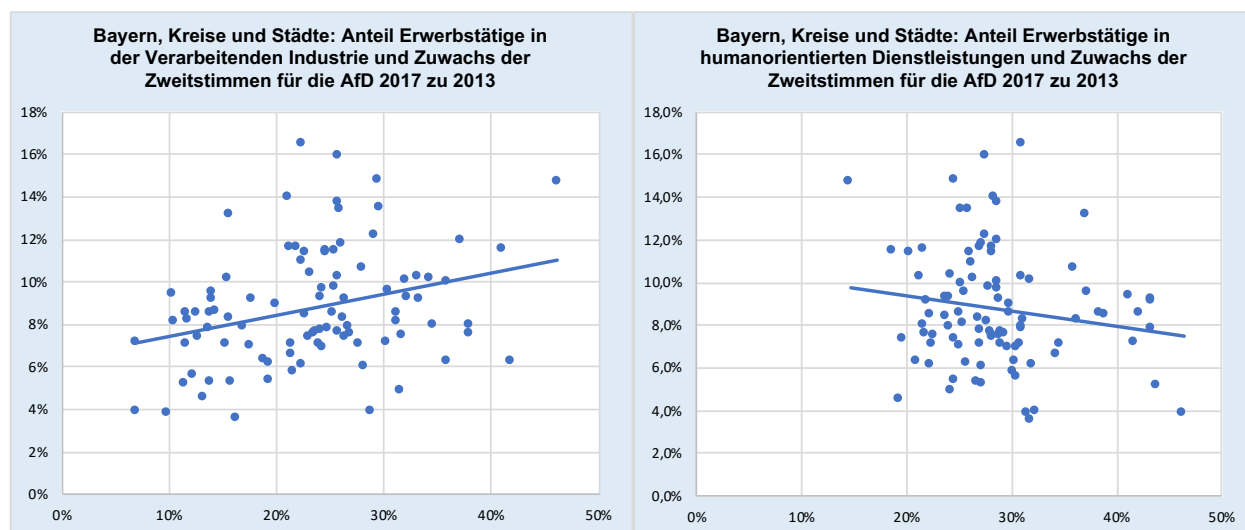
Bereits vor den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen über Zuwanderung und Grenzregime konnte die AfD beachtliche Gewinne erzielen. Auffällig an den regionalen Ergebnissen ist, dass 2013 und 2014 in Oberbayern neben Schwaben die höchsten Prozentwerte für die AfD zusammenkamen, dort aber die Zuwächse bei der Bundestagswahl 2017 niedriger ausfielen. Sie waren 2017 besonders groß in Niederbayern und in der Oberpfalz. Diese regionalen Unterschiede lassen darauf schließen, dass in Oberbayern eher die vormalige »Lucke-AfD« reüssiert hat, in Niederbayern dann eher die aktuelle »Gauland/Höcke-AfD«. So lag in einigen Landkreise Oberbayerns der Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2017 nur knapp über demjenigen bei der EP-Wahl, im Landkreis Starnberg sogar um 0,2 Prozentpunkte niedriger. Die höchsten Zuwächse bei den Stimmenanteilen gab es mit bis zu 12,8% in einigen niederbayerischen Landkreisen sowie im oberpfälzischen Cham. In den Landkreisen Freyung-Grafenau und Regen erreichte die AfD 2017 mehr als 20% der Zweitstimmen, in Deggendorf und Dingolfing-Landau sowie im oberpfälzischen Cham 18% und mehr. In Schwaben reichte es in den Landkreisen Dillingen a.d.Donau und Günzburg zu einem Sechstel der Stimmen.

Auffällig ist zudem, dass es im Zuspruch für die AfD in den Regierungsbezirken kein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle gibt. Allein in den Städten Würzburg, Erlangen, Bayreuth, Regensburg Passau, Landshut und der Landeshauptstadt München liegen die AfD-Ergebnisse deutlich unter denen in den Landkreisen.

Bereinigt man die Stimmenanteile um die unterschiedliche Wahlbeteiligung, betrachtet also die Stimmenanzahl als Prozentsatz von allen Wahlberechtigten, so fällt die Zustimmung in einigen Städten sogar überdurchschnittlich aus: Ingolstadt, Rosenheim, Straubing, Amberg, Weiden, Hof, Ansbach, Schweinfurt, Augsburg, Kaufbeuren, Memmingen – lauter kreisfreie Städte, in denen die AfD 2017 von jedem und jeder zehnten Wahlberechtigten die Zweitstimme erhielt.

Die überdurchschnittliche Zustimmung zur AfD in Niederbayern könnte mit der Grenznähe und der Flüchtlingspolitik erklärt, in Schwaben wäre jedoch eher an den erheblichen Wandel in der Landwirtschaft zu denken. Auch die Daten zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergeben ein mehrdeutiges, vielfältiges Bild. Die AfD wird stark in Regionen, die nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufholen, wächst aber weniger stark in Regionen, die in der Produktivitäts- und Einkommens-Rangfolge der politischen Bezirke Positionen einbüßen, also als »abgehängt« bezeichnet werden könnten. Grundsätzlich sind die Unterschiede zwischen den Regionen eher kleiner als größer geworden (bei deutlichen Auf- und Abstiegsprozessen). Zugenommen hat allgemein der wirtschaftliche Wandel mit seinen Folgen für die Auf- und Abwertung von beruflichen Qualifikationen und sozialen Positionen, in manchen Regionen – gerade Niederbayerns – auf die Berufspendelei.

Schließlich lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil der Beschäftigten in der Verarbeitenden Industrie (x-Achse) und der Zustimmung zur AfD bzw. ihren Zugewinnen 2017 gegenüber 2013 (y-Achse) feststellen, während die Zustimmung zur AfD mit dem Anteil der Beschäftigten in humanorientierten öffentlichen und privaten Dienstleistungen (x-Achse) tendenziell sinkt.⁴



Diese Zusammenhänge gelten auch, wenn die Veränderung der Anteile beider Beschäftigtengruppen berücksichtigt. Ein Musterbeispiel für diese Zusammenhänge ist die Audi-Stadt Ingolstadt (siehe Abschnitt zur sozioökonomischen Entwicklung).

⁴ Vgl. zum Zusammenhang von Industriebeschäftigung und AfD-Zustimmung auch Franz/Fratzscher/Kritikos: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker; in: DIW-Wochenbericht 8/2018, S. 136-144.

Ausgewählte Aspekte der sozioökonomischen Struktur in Bayern

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten ist Bayern von einem Agrarland zu einem exportorientierten Industrie- und Technologiestandort entwickelt worden. Die CSU prägte dafür den einprägsamen Slogan »Laptop und Lederhose«. Das Land wurde im Länderfinanzausgleich vom Nehmerland zum Geberland. Aus der Wirtschaftskrise 2009 ging die bayerische Wirtschaft gestärkt hervor. Die Arbeitslosenquote zählt seit Jahren zu den niedrigsten in der Bundesrepublik. In manchen Regionen herrscht Vollbeschäftigung, Unternehmen beklagen »Fachkräftemangel«, Ausbildungsplätze können nicht besetzt werden.

Gleichwohl gingen die Schattenseiten des wirtschaftlichen Erfolgs an Bayern nicht vorbei. Industrialisierung und Konzentration der Landwirtschaft, beschleunigter technischer Wandel in der Industrie, wachsende Weltmarktabhängigkeit – Faktoren, die die berufliche Arbeitsteilung verändert, differenziert, stabil geglaubte soziale Positionen erfasst und soziale Hierarchien in Bewegung versetzt haben. Ehemalige Industriestädte haben den »Anschluss verloren«, andere wachsen weiter; »Urbanisierung« - Wegzug, längere Arbeitswege einerseits, Verkehrsprobleme, steigende Mieten, Wohnungspreise andererseits – prägt die sozialräumliche Entwicklung auch in Bayern.

Bayern gilt in vielfacher Hinsicht als wirtschaftliches Musterland. Seltener wird es als Muster dafür betrachtet, dass gerade der wirtschaftliche Erfolg der Motor für politische Umbrüche und politische Erosionen sein kann. Ausgerechnet in Ingolstadt erzielt die AfD bei der Bundestagswahl mit über 15% ein überdurchschnittliches Ergebnis, in einem Wohnviertel in der Nähe des Audi-Werkes sogar 35%. Der Landtagskandidat der CSU, Alfred Grob, machte auf den möglichen neuen Zusammenhang von Wohlstand und Wahlverhalten aufmerksam: *»Viele Menschen – in Ingolstadt, aber auch in vielen anderen Regionen Deutschlands – haben ein Wohlstandsniveau erreicht, das so hoch ist, dass sie zu wissen glauben, dass dies auf Dauer nicht haltbar sein kann«.* Nun Sorge man sich darüber, das Erreichte bald zu verlieren. *Migranten und Dieselskandal, Hitzesommer und auffällige Veränderungen in der Natur wie weniger Bienen oder Vögel werden von befragten Ingolstädtern als Zeichen dafür genannt, dass es so wie bisher bestimmt nicht weitergehen werde.*⁵

Bruttoinlandsprodukt und Produktivität (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Bayern ist das wirtschaftlich bedeutendste Land der Bundesrepublik, wenn auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßzahl geschaut wird.⁶ 2017 wurden 18,2% des deutschen BIP in Bayern erwirtschaftet. Dieser Anteil war in den vorausgegangenen Jahren teilweise sprunghaft gewachsen: von Mitte der 1990er Jahre von 16,3% auf 17,3% vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und ab 2010 rasant auf den heutigen Stand. Gegenüber dem Krisenjahr 2009 wuchs das BIP in Deutschland bis einschließlich 2017 um 32,6%. Höher lag die Rate in Bayern mit 39,3%, in Baden-Württemberg mit 38,8%, in Niedersachsen (37,7%), in Berlin (37,65), in Thüringen (36,0%), knapp über dem Durchschnitt in Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen lag Bayern 2017 hinter Hessen und vor Baden-Württemberg auf Platz 2 unter den Flächenländern. Seit der Jahrhundertwende liegt Bayern bei diesem Wert vor Nordrhein-Westfalen mit einem sich seit 2010 stetig vergrößerndem Vorsprung (zuletzt +7,4%). Das Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen stieg seit 2000 in Bayern von allen westdeutschen Ländern mit knapp 52% am stärksten. Bei der Maßzahl Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nimmt Bayern seit 2016 mit zuletzt 45.810€ den Spitzenplatz unter den Flächenländern ein (Deutschland: 39.477€). Alle diese Daten zeigen ein im Vergleich mit anderen Bundesländern aufstrebendes, dynamisches Bundesland Bayern auf einem Spitzenplatz.

⁵ Zit. Nach Stephanie Lahrtz: Warum die AfD trotz Vollbeschäftigung in Ingolstadt punktet; Neue Zürcher Zeitung, 9.10.2018

⁶ Soweit nicht anders vermerkt ist die Datenquelle für diesen Abschnitt: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (www.vgrdl.de), abgerufen am 10.10.2018.

Der Vergleich unter den Bundesländern verdeckt allerdings erhebliche Ungleichheiten im Land selbst. Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen befanden sich im unteren Viertel der rund 430 Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands immerhin 16 Gebietskörperschaften aus Bayern. Im Jahr 2016 waren es noch 9, darunter mit der kreisfreien Stadt Hof und den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Regen, Cham, Bad Kissingen und Wunsiedel sechs Körperschaften, die bereits 2000 dazu zählten und mit der kreisfreien Stadt Weiden i.d.Oberpfalz und den Landkreisen Freyung-Grafenau und Neustadt a.d. Aisch drei »abgestiegene« Gebietseinheiten. Gemessen am Indikator Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zählten 2000 zehn bayerische Landkreise zum unteren Viertel, 2016 von diesen noch fünf sowie drei neue. Während beim BIP/Erwerbstätige der Arbeitsort zählt, zählt beim BIP/Einwohner der Wohnort – ein niedriger Wert kann daher auch durch eine hohe Zahl von auspendelnden Erwerbstätigen bedingt sein.

Innerhalb Bayern reichte die Spannweite beim BIP/Erwerbstätige im Jahr 2016 von 53.365€ in der kreisfreien Stadt Weiden in der Oberpfalz bis 135.724€ in der kreisfreien Stadt Ingolstadt. Der arithmetische Landesdurchschnitt lag bei 76.953€ - der Median allerdings bei 67.497€, d.h. in der Hälfte der 95 Landkreise und kreisfreien Städte lag der Wert niedriger. Im unteren Drittel der Gebietseinheiten verzeichneten lediglich neun Kreise in den Jahren 2000 bis 2016 ein überdurchschnittliches Wachstum beim BIP/Erwerbstätigen, erlebten mithin einen gewissen Aufholprozess. Bei allen anderen lag das Wachstum bei diesem Indikator teils erheblich unter dem Landesdurchschnitt, mit anderen Worten: Die Ungleichheit vergrößerte sich.

Haushaltseinkommen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Große Unterschiede bestehen in Bayern bei den Haushaltseinkommen je Einwohner. Die »Primäreinkommen«, also die Markteinkommen vor Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfereinkommen, wiesen im Jahr 2000 eine Spannweite von 15.454€ je Einwohner im Landkreis Freyung-Grafenau (Niederbayern) und 38.536€ im Landkreis Starnberg (Oberbayern) auf. Im Jahr 2016 betrug lag sie bei 21.665€ in der kreisfreien Stadt Hof (Oberfranken) und dem Landkreis Starnberg mit 47.031€, der damit weiterhin an der Spitze der politischen Gebietseinheiten Deutschlands lag. Die Spannweite verringerte sich leicht: Lag der Spitzenwert im Jahr 2000 um den Faktor 2,49 über dem niedrigsten, so 2016 »nur« um den Faktor 2,17. Das durchschnittliche (Mittelwert) Primäreinkommen in Bayern wurde für 2016 mit 30.776€ berechnet. Allerdings lagen nur 20 Gebietseinheiten über diesem arithmetischen Mittel und 76 darunter. Der Medianwert lag bei 28.698€.

LTW18 BY: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätiger/m (€) 2016 - Spannweite und Veränderung seit 2000			
Platz	Gebietseinheit	2016 (€)	2000-2016
1	Weiden i.d.OPf., Kreisfreie Stadt	54 365	19,1%
2	Hof, Kreisfreie Stadt	54 387	23,5%
3	Garmisch-Partenkirchen, Landkreis	55 601	32,9%
4	Straubing, Kreisfreie Stadt	57 641	22,4%
5	Freyung-Grafenau, Landkreis	58 450	56,7%
6	Regen, Landkreis	58 776	45,6%
7	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Landkreis	58 821	31,4%
8	Bamberg, Kreisfreie Stadt	59 335	35,8%
9	Cham, Landkreis	59 628	43,1%
10	Bad Kissingen, Landkreis	59 769	47,5%
11	Wunsiedel i.Fichtelgebirge, Landkreis	59 850	38,0%
12	Lichtenfels, Landkreis	60 021	45,5%
13	Passau, Landkreis	60 341	31,0%
14	Coburg, Landkreis	60 551	29,3%
15	Weißenburg-Gunzenhausen, Landkreis	60 629	37,3%
....			
82	Würzburg, Landkreis	76 554	43,2%
83	Regensburg, Kreisfreie Stadt	78 332	38,5%
84	Donau-Ries, Landkreis	78 390	56,5%
85	Schweinfurt, Kreisfreie Stadt	78 609	49,5%
86	Starnberg, Landkreis	79 292	11,8%
	Bayern	76 953	38,3%
87	Coburg, Kreisfreie Stadt	80 696	62,7%
88	Altötting, Landkreis	82 405	31,5%
89	Landshut, Landkreis	83 239	42,8%
90	Aschaffenburg, Kreisfreie Stadt	84 033	57,0%
91	Erlangen, Kreisfreie Stadt	88 360	30,1%
92	Pfaffenhofen a.d.Ilm, Landkreis	90 058	71,2%
93	Dingolfing-Landau, Landkreis	92 512	81,5%
94	München, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt	100 776	32,1%
95	München, Landkreis	124 556	13,8%
96	Ingolstadt, Kreisfreie Stadt	135 724	112,3%

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; www.vgrdl.de

Das »Verfügbare Einkommen« der privaten Haushalte je Einwohner, also das Markteinkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben und zuzüglich Sozialtransfereinkommen, stieg von durchschnittlich 17.459€ in 2000 auf 24.026€ in 2016 (+37,6%). Auch hier lag der Landkreis Freyung-Grafenau im Jahr 2000 mit 13.051€ am unteren Ende und der Landkreis Starnberg mit 29.285€ am oberen Ende (Spannweite Faktor 2,24). Sechzehn Jahre später bildeten die Einwohner der kreisfreien Stadt Augsburg mit 19.203€ je Kopf das Schlusslicht, während der Landkreis Starnberg mit 34.987€ je Einwohner weiterhin mit Abstand (ca. 5.000€) an der Spitze lag. Auch bei den verfügbaren Einkommen verringerte sich die Spannweite, hier auf den Faktor 1,82. Dieses Abschmelzen der Unterschiede fand durch ein unterdurchschnittliches Wachstums der Pro-Kopf-Haushaltseinkommen in den »reichen« Gebieten wie den Landkreisen Starnberg und München und durch überdurchschnittliche Zuwächse in etlichen »ärmeren« Territorien insbesondere in Niederbayern, der Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben/Allgäu statt. Allerdings blieben auch Landkreise und vor allem kreisfreie Städte, die bereits im Jahr 2000 in der unteren Hälfte der Pro-Kopf-Einkommen zu finden waren, hinter der allgemeinen Entwicklung zurück, so etwa Ansbach, Nürnberg, Regensburg, Augsburg, Weiden, Freising, Passau, Rosenheim.

LTW18 BY: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem und verfügbares Haushaltseinkommen je Einwohner						
	BIP/Erwerbstätige (€)			Verfügbares Haushaltseinkommen/Einwohner (€)		
	2000	2016	Veränd.	2000	2016	Veränd.
Bayern	55 625	76 953	38,3%	17 459	24 026	37,6%
Oberbayern	67 189	90 422	34,6%	20 003	26 668	33,3%
Niederbayern	47 376	67 884	43,3%	14 932	21 912	46,7%
Oberpfalz	48 193	68 850	42,9%	15 294	21 783	42,4%
Oberfranken	45 119	64 510	43,0%	16 036	22 199	38,4%
Mittelfranken	52 466	70 826	35,0%	17 564	23 046	31,2%
Unterfranken	50 139	69 695	39,0%	15 912	22 635	42,3%
Schwaben	49 390	69 359	40,4%	16 594	23 115	39,3%

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; www.vgrdl.de

Bayern zählt mit Baden-Württemberg und Hessen zu den drei Bundesländern mit dem höchsten Durchschnittsvermögen je Einwohner, dem größten Anteil von Aktienbesitzern und dem höchsten Anteil von Eigentümern der eigenen Wohnimmobilie, auch unter Arbeitern und einfachen und mittleren Angestellten.⁷

Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur

Der Wandel der Wirtschaftsstruktur folgt in Bayern dem bundesweiten Muster – mit bestimmten Besonderheiten. So nimmt zwar auch in Bayern der Anteil der Erwerbstätigen in der der Industrie (Verarbeiten- des Gewerbe) ab, aber liegt weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Die absolute Zahl der Industriebeschäftigten steigt gegenüber 2000 um 4,5% bis 2016, jedoch deutlich geringer als die Erwerbstätigenzahl (+14,8%). Während im Regierungsbezirk Oberpfalz die Erwerbstätigkeit in der Industrie an Bedeutung gewinnt, nimmt sie in den drei fränkischen Bezirken deutlich ab.

LTW18 BY Verteilung der Erwerbstätigen auf ausgewählte Wirtschaftszweige 2016 und Veränderung seit 2000									
	Agrarsektor		Industrie (ohne Bau)		Handel, Verkehr, Gastgewerbe		öffentliche und sonstige Dienstleister		Erwerbstätige gesamt
	Anteil 2016	seit 2000	Anteil 2016	seit 2000	Anteil 2016	seit 2000	Anteil 2016	seit 2000	seit 2000
Bayern	1,8%	-31,5%	20,6%	4,5%	25,4%	12,8%	28,8%	21,8%	14,8%
Oberbayern	1,3%	-28,7%	15,5%	5,2%	27,7%	19,2%	28,8%	25,0%	20,4%
Niederbayern	3,5%	-30,4%	24,0%	9,0%	23,4%	17,7%	28,1%	21,4%	15,5%
Oberpfalz	2,3%	-35,4%	25,5%	14,8%	22,6%	13,5%	28,7%	12,1%	13,9%
Oberfranken	1,6%	-34,1%	24,8%	-10,2%	23,4%	0,7%	29,6%	16,8%	3,9%
Mittelfranken	1,2%	-33,4%	21,8%	2,2%	24,9%	7,5%	28,8%	25,7%	13,6%
Unterfranken	1,7%	-29,1%	23,0%	0,0%	24,3%	2,4%	31,1%	21,2%	8,1%
Schwaben	2,4%	-33,3%	24,2%	9,9%	24,7%	11,6%	27,5%	19,6%	13,6%

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; www.vgrdl.de

⁷ Vgl. Horst Kahrs: Daten zu den Vermögensverhältnissen von Arbeitern sowie einfachen und mittleren Angestellten. Arbeitsmaterialien zur Klassenanalyse des Gesprächskreises Klassen und Sozialstruktur der Rosa-Luxemburg-Stiftung, August 2018; www.rosalux.de

Bedeutsam ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft. Im Allgäu, in Niederbayern, in der Oberpfalz und in Oberfranken waren im Jahr 2000 noch bis zu zehn, vereinzelt über zehn Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, dieser Anteil halbierte sich fast überall, die absolute Zahl der Erwerbstätigen im Agrarsektor ging um rund ein Drittel zurück – für manche Dörfer ein einschneidender sozialer Wandel.

Gleichzeitig fanden erhebliche Verschiebungen im industriellen Bereich statt. Regionen mit einem hohen Industrieanteil wie etwa Ingolstadt verzeichneten Zuwächse (»Industrialisierung«), andere klassische Industrieregionen vor allem in Franken erlitten zum Teil erhebliche Beschäftigungsverluste im industriellen Bereich (»Deindustrialisierung«). Die Entwicklungen seit 2000 für die Gebietseinheiten, die noch 2016 mehr als 25% der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe aufwiesen, sind in der nebenstehenden Tabelle dargestellt.

Die Veränderungen in der Erwerbsstruktur gingen einher mit einem Wandel des sozialen Status. Von 2000 bis 2015 sank der Anteil der Erwerbstätigen mit dem sozialen Status »Arbeiter(in)«, hier definiert als lohnempfangende abhängig beschäftigte Person, von 32,1% aller Erwerbstätigen auf 20,9%. Während die Zahl der Erwerbstätigen um fast 15% stieg, sank die Zahl der Arbeiter um rund 26%. Damit verbunden waren nicht nur Statuswechsel vom Arbeiter zum Angestellten, sondern ebenfalls Dequalifikationen, Neuorientierungen und horizontale Wechsel in der beruflichen Arbeitsteilung, kurz: starke Verunsicherungen des sozialen Status, die nicht notwendig mit materiellen Verlusten einhergehen (mussten).⁸

Bei einem Zuwachs der Erwerbstätigenzahl von 2000 bis 2016 im Freistaat um knapp 15% fallen etliche Regionen in Niederbayern und im Fränkischen durch deutliche geringere Wachstumszahlen oder sogar einen Rückgang der Erwerbstätigkeit auf. In Verbindung mit den unterschiedlichen Zahlen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung am Wohnort und am Arbeitsort (s.u.) deuten sich hier neben den sozialen (beruflichen) Mobilitätsanforderungen auch wachsende räumliche Mobilitätsanforderungen (Binnenwanderung, Arbeitspendler) an.

LTW18 BY - Anteil der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe (in Gebieten mit einem Anteil über 25%) an allen Erwerbstätigen 2000 und 2016 sowie Veränderung der absoluten Zahl seit 2000			
	Anteil		± abs. Zahl
	2000	2016	
Oberbayern	17,8%	15,5%	5,2%
Ingolstadt, Kreisfreie Stadt	39,2%	41,1%	40,5%
Altötting, Landkreis	33,3%	30,4%	-2,4%
Traunstein, Landkreis	24,0%	26,3%	25,9%
Weilheim-Schongau, Landkreis	26,4%	28,1%	28,4%
Niederbayern	25,4%	24,0%	9,0%
Kelheim, Landkreis	25,0%	26,2%	14,4%
Passau, Landkreis	24,8%	26,0%	19,8%
Regen, Landkreis	25,2%	25,8%	10,5%
Straubing-Bogen, Landkreis	23,7%	25,7%	30,8%
Dingolfing-Landau, Landkreis	50,5%	46,2%	14,7%
Oberpfalz	25,3%	25,5%	15,8%
Amberg, Kreisfreie Stadt	25,9%	28,0%	18,2%
Cham, Landkreis	27,6%	29,5%	23,6%
Neumarkt i.d.OPf., Landkreis	24,4%	25,3%	17,6%
Neustadt a.d.Waldnaab, Landkreis	33,0%	34,3%	14,8%
Schwandorf, Landkreis	28,6%	29,6%	17,3%
Tirschenreuth, Landkreis	33,5%	32,2%	-2,5%
Oberfranken	28,7%	24,8%	-10,2%
Bamberg, Landkreis	27,7%	25,4%	15,0%
Coburg, Landkreis	47,2%	38,0%	-26,8%
Hof, Landkreis	37,7%	34,7%	-8,4%
Kronach, Landkreis	45,9%	38,0%	-27,8%
Kulmbach, Landkreis	29,2%	25,8%	-12,0%
Lichtenfels, Landkreis	29,2%	26,4%	-12,6%
Wunsiedel i.Fichtelgebirge, Landkreis	33,6%	32,0%	-10,9%
Mittelfranken	24,2%	21,8%	2,2%
Erlangen, Kreisfreie Stadt	35,0%	28,9%	8,7%
Ansbach, Landkreis	30,8%	31,3%	10,7%
Erlangen-Höchstadt, Landkreis	35,9%	41,9%	58,9%
Nürnberger Land, Landkreis	28,7%	26,9%	7,0%
Weißenburg-Gunzenhausen, Landkreis	28,5%	26,8%	-0,1%
Unterfranken	24,9%	23,0%	2,2%
Schweinfurt, Kreisfreie Stadt	32,0%	37,2%	30,4%
Aschaffenburg, Landkreis	30,5%	26,4%	-10,7%
Rhön-Grabfeld, Landkreis	28,9%	30,3%	12,2%
Haßberge, Landkreis	34,8%	35,9%	3,0%
Miltenberg, Landkreis	37,7%	31,8%	-9,4%
Main-Spessart, Landkreis	37,4%	36,0%	3,9%
Schwaben	25,1%	24,2%	9,9%
Memmingen, Kreisfreie Stadt	26,7%	25,5%	8,3%
Dillingen a.d.Donau, Landkreis	29,6%	29,2%	9,8%
Günzburg, Landkreis	25,7%	25,8%	14,2%
Neu-Ulm, Landkreis	33,8%	31,3%	4,9%
Lindau (Bodensee), Landkreis	28,0%	31,6%	33,0%
Ostallgäu, Landkreis	24,3%	27,6%	28,9%
Unterallgäu, Landkreis	26,6%	33,2%	37,4%
Donau-Ries, Landkreis	33,3%	33,4%	21,5%

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; www.vgrdl.de

⁸ Vgl. Horst Kahrs: Von der Mehrheit zur Minderheit. Statistische Daten zur sozialen Position »Arbeiter« und »Arbeiterin«. Arbeitsmaterialien des Gesprächskreises Klassen und Sozialstruktur der Rosa-Luxemburg-Stiftung, September 2018; www.rosalux.de

Ausgewählte Strukturdaten der Wahlkreise und Stimmbezirke

Die 91 Stimmbezirke der Landtagswahl entsprechen nicht immer den Grenzen der 96 politischen Gebietseinheiten des Landes. Die vom Land angebotenen Strukturdaten für die Stimmbezirke entsprechen daher nicht im notwendigen Maße den Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Angaben in der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung unterscheiden nach Beschäftigten am Arbeitsort und am Wohnort. Für Gebietseinheiten, für die mehr Beschäftigte am Wohnort als am Arbeitsort ausgewiesen werden, kann davon ausgegangen werden, dass eine beträchtliche Zahl von Wahlberechtigten in einen anderen Kreis bzw. eine kreisfreie Stadt zur Arbeit pendelt. Und umgekehrt, übersteigt die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort diejenige am Wohnort, kann von einer hohen Zahl von Einpendlern ausgegangen werden. Auf diese Weise lassen sich Wahlkreise identifizieren, die von hoher räumlicher Mobilität der beschäftigten Wahlberechtigten geprägt sind. Hohes Pendleraufkommen bzw. lange Pendelzeiten können Einstellungen zu bestimmten Themen (Verkehr, öffentliche Infrastruktur, Sicherheit usw.) beeinflussen, haben aber auch Einfluss auf soziale Teilhabe und Integration. Wer lange pendelt, braucht nicht nur verlässliche Betreuung etwa für eigene Kinder, sondern hat auch weniger verfügbare Zeit für soziokulturelle Beteiligung usw.

LTW18 BY Erwerbstätigkeit und Mobilität Stimmkreise der LTW 2018 mit mehr als 20% weniger/mehr Beschäftigte mit Wohnsitz im Gebiet als Arbeitsplätze (30.6.2016)				
Stkr.Nr.	Stimm- bzw. Wahlkreisname	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Arbeitsort i.v.H. Wohnort
		am Arbeitsort	am Wohnort	
		Anzahl	Anzahl	
101-131	Wahlkreis Oberbayern	2 026 996	1 885 204	107,5%
118	Fürstenfeldbruck-Ost	32 133	64 572	49,8%
113	Dachau	39 622	65 158	60,8%
114	Ebersberg	39 020	56 469	69,1%
115	Eichstätt	38 662	54 746	70,6%
116	Erding	43 230	59 289	72,9%
126	Pfaffenhofen a.d.Ilm	35 125	48 118	73,0%
125	Neuburg-Schrobenhausen	35 171	45 694	77,0%
128	Rosenheim-West	44 723	57 137	78,3%
101-109	München-Stadt (gesamt)	823 095	627 445	131,2%
124	München-Land-Süd	79 163	58 464	135,4%
119	Ingolstadt	103 784	59 601	174,1%
123	München-Land-Nord	139 012	74 298	187,1%
201-209	Wahlkreis Niederbayern	455 844	488 999	93,2%
203	Kelheim	37 528	50 215	74,7%
301-308	Wahlkreis Oberpfalz	447 931	447 328	100,1%
304	Regensburg-Land	40 928	68 604	59,7%
305	Regensburg-Stadt	121 759	71 445	170,4%
401-408	Wahlkreis Oberfranken	418 079	426 718	98,0%
401	Bamberg-Land	25 768	46 797	55,1%
402	Bamberg-Stadt	63 588	42 743	148,8%
405	Forchheim	29 366	48 774	60,2%
406	Hof	60 369	53 184	113,5%
501-512	Wahlkreis Mittelfranken	758 851	715 255	106,1%
510	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Fürth-Land	44 185	65 880	67,1%
512	Roth	36 689	52 007	70,5%
509	Fürth	57 714	76 853	75,1%
511	Nürnberger Land	44 543	57 739	77,1%
506	Ansbach-Süd, Weißenburg-Gunzenhausen	52 354	67 164	77,9%
501-504	Nürnberg-Stadt (gesamt)	320 002	230 509	138,8%
508	Erlangen-Stadt	93 254	49 367	188,9%
601-610	Wahlkreis Unterfranken	504 508	526 428	95,8%
609	Würzburg-Land	32 023	60 086	53,3%
601	Aschaffenburg-Ost	33 450	46 603	71,8%
603	Bad Kissingen	36 909	47 759	77,3%
605	Kitzingen	36 494	46 047	79,3%
607	Miltenberg	41 556	52 021	79,9%
602	Aschaffenburg-West	60 756	50 673	119,9%
608	Schweinfurt	71 998	57 486	125,2%
610	Würzburg-Stadt	92 032	53 105	173,3%
701-713	Wahlkreis Schwaben	705 320	745 372	94,6%
703	Aichach-Friedberg	34 016	52 795	64,4%
705	Augsburg-Land-Süd	40 027	60 893	65,7%
704	Augsburg-Land, Dillingen	42 972	60 916	70,5%
701-702	Augsburg-Stadt (gesamt)	159 849	129 550	123,4%

Datenbasis: Gemeindedaten der Bundesagentur für Arbeit. (Copyright 2018 Bayerisches Landesamt für Statistik)

In der Tabelle sind für die sieben Regierungsbezirke diejenigen Stimmbezirke ausgewiesen, in denen die Differenz zwischen Beschäftigten am Arbeitsort und Wohnort größer als 20% ist, die also in besonderem Maße von Berufspendelei geprägt sein könnten.

Ein weiterer Aspekt, der für das Wahlergebnis eine erklärende Rolle spielen kann, ist die Altersstruktur der Wahlberechtigten, wobei zu berücksichtigen ist, das jüngere Wahlberechtigte eher zur Nichtwahl neigen als ältere und ältere zu den »treueren« Anhängern der traditionellen Parteien, hier CSU und SPD, zählen. Angesichts der Bedeutung, die der Flüchtlings- und Integrationspolitik in den vergangenen drei Jahren zugemessen wurde, mag auch der Anteil der Ausländer an den Einwohnern ein Indikator sein. Die nachfolgende Tabelle stellt für die sieben Wahlkreise die Stimmbezirke mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Ausländeranteil und Anteil der 18- bis unter 40jährigen Wahlberechtigten zusammen.

LTW19 BY: Strukturdaten der Wahlkreise - Alter, Anteil Frauen, Anteil Ausländer, Erstwahlberechtigte								
Stimmbezirke mit höchstem und niedrigstem Anteil der 18 bis unter 40jährigen Einwohner und höchster und niedrigster Ausländeranteil								
		Bevölkerungsstruktur zum 31.12.2016						erstmalig Wahlbe- rechtigte (ge- schätzt) Tausend
		Einwohner im Alter von ... Jahren				Anteil der		
		unter 18	18 bis unter 40	40 bis unter 65	65 oder älter	Frauen	Aus- länder	
		%	%	%	%	%	%	
101-131	Wahlkreis Oberbayern	16,8	29,2	34,7	19,3	50,6	16,6	196,5
101-109	München-Stadt (gesamt)	15,4	34,8	32,1	17,7	51,2	25,9	45,9
115	Eichstätt	18,6	28,6	35,7	17,2	49,1	8,7	6,9
129	Starnberg	18,0	22,6	36,5	22,8	51,5	13,2	6,3
201-209	Wahlkreis Niederbayern	16,3	26,6	37,0	20,0	50,0	8,7	61,5
204	Landshut	16,8	27,4	36,4	19,4	50,3	11,5	8,1
205	Passau-Ost	15,4	28,6	36,0	20,0	50,9	7,3	8,7
206	Passau-West	15,6	24,3	37,2	22,8	50,5	7,4	5,5
207	Regen, Freyung-Grafenau	15,2	24,9	38,2	21,7	50,1	5,0	6,5
301-308	Wahlkreis Oberpfalz	16,1	27,3	36,9	19,8	50,3	7,5	56,0
305	Regensburg-Stadt	14,7	35,4	32,1	17,8	51,5	13,3	8,7
307	Tirschenreuth	15,8	24,7	37,9	21,7	50,3	4,4	5,2
401-408	Wahlkreis Oberfranken	15,3	25,5	37,2	22,1	50,9	6,3	51,9
401	Bamberg-Land	17,2	25,9	38,8	18,1	49,7	4,0	5,4
402	Bamberg-Stadt	15,2	31,6	33,7	19,4	51,6	10,0	5,5
408	Wunsiedel, Kulmbach	14,5	22,1	38,4	25,0	51,1	5,5	7,2
501-512	Wahlkreis Mittelfranken	16,4	27,7	35,6	20,3	50,8	12,9	79,0
501-504	Nürnberg-Stadt (gesamt)	15,8	30,4	33,4	20,5	51,4	19,7	22,2
508	Erlangen-Stadt	16,2	33,8	31,8	18,2	50,5	15,6	6,3
510	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Fürth-Land	16,8	24,7	38,1	20,4	50,4	6,0	8,1
511	Nürnberger Land	16,2	23,9	37,9	21,9	50,6	8,3	6,6
601-610	Wahlkreis Unterfranken	15,8	26,3	36,7	21,1	50,5	7,8	64,0
602	Aschaffenburg-West	16,2	26,7	36,4	20,7	51,1	12,7	5,3
603	Bad Kissingen	15,6	23,3	37,6	23,5	50,7	4,7	5,9
604	Haßberge, Rhön-Grabfeld	16,6	24,8	38,1	20,5	50,1	4,4	7,4
610	Würzburg-Stadt	12,7	37,5	29,7	20,1	52,3	10,2	8,6
701-713	Wahlkreis Schwaben	16,9	27,1	35,7	20,4	50,3	11,6	89,9
701-702	Augsburg-Stadt (gesamt)	15,4	31,9	32,6	20,1	51,0	19,0	14,6
704	Augsburg-Land, Dillingen	17,6	25,7	37,3	19,3	49,9	8,1	7,5
710	Lindau, Sonthofen	16,0	24,6	36,1	23,4	51,1	11,8	7,3
Bayern insgesamt		16,4	27,7	35,8	20,1	50,5	12,1	598,6
(C)opyright 2018 Bayerisches Landesamt für Statistik								
Stand: 06.09.2018								

(C)opyright 2018 Bayerisches Landesamt für Statistik
Stand: 06.09.2018

Ein Indikator für die lokale Lebensqualität, ausgedrückt in dem Vermögen, über und in die lokale öffentliche Infrastruktur aus eigener finanzieller Kraft entscheiden und investieren zu können, sind die Gemeindesteuereinnahmen. Landesweit liegen sie im Durchschnitt bei 1.443 Euro im Jahr 2017 pro Einwohner. Dieser Durchschnitt wird indes vor allem durch die »reicheren« Gemeinden und Kreise in Oberbayern geprägt. Nur in zwölf Stimmbezirken liegt der Wert über diesem Durchschnitt, in 79 darunter. Der Medianwert liegt bei 1.173 Euro. Die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen verzeichnet Bad Kissingen mit 910 Euro, die höchsten der Stimmbezirk München-Land Süd mit 3.022 Euro. Auch wenn man diesen Extremwert außer Betracht lässt, liegt der nächstfolgende, nicht zur Landeshauptstadt und ihrem unmittelbaren Umland zählende Wert (Regensburg-Stadt, 2.020 Euro) um mehr als das 2,2fache über dem Tiefstwert.

LTW18 BY Gemeindesteuer-Einnahmen je Einwohner 2017		
Stk.-Nr.	Stimm- bzw. Wahlkreisname	Euro
603	Bad Kissingen	910
207	Regen, Freyung-Grafenau	925
401	Bamberg-Land	982
604	Haßberge, Rhön-Grabfeld	983
302	Cham	999
609	Würzburg-Land	1 009
201	Deggendorf	1 013
506	Ansbach-Süd, Weißenburg-Gunzenhausen	1 015
304	Regensburg-Land	1 015
408	Wunsiedel, Kulmbach	1 018
206	Passau-West	1 022
407	Kronach, Lichtenfels	1 026
707	Günzburg	1 028
405	Forchheim	1 037
510	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Fürth-Land	1 040
307	Tirschenreuth	1 047
406	Hof	1 058
208	Rottal-Inn	1 059
301	Amberg-Weizsach	1 063
505	Ansbach-Nord	1 070
708	Kaufbeuren	1 078
306	Schwandorf	1 082
607	Miltenberg	1 082
125	Neuburg-Schrobenhausen	1 083
303	Neumarkt i.d.OPf.	1 085
205	Passau-Ost	1 089
512	Roth	1 098
308	Weiden i.d.OPf.	1 101
128	Rosenheim-West	1 111
112	Berchtesgader Land	1 112
703	Aichach-Friedberg	1 130
209	Straubing	1 132
705	Augsburg-Land-Süd	1 134
605	Kitzingen	1 148
203	Kelheim	1 152
115	Eichstätt	1 161
704	Augsburg-Land, Dillingen	1 164
511	Nürnberger Land	1 166
401-408 Wahlkreis Oberfranken		1 170
201-209 Wahlkreis Niederbayern		1 171
606	Main-Spessart	1 173
122	Mühlhof a.Inn	1 173
601-610 Wahlkreis Unterfranken		1 190
111	Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen	1 202
710	Lindau, Sonthofen	1 209
301-308 Wahlkreis Oberpfalz		1 210
711	Marktoberdorf	1 219
127	Rosenheim-Ost	1 231
709	Kempten, Oberallgäu	1 234
701-713 Wahlkreis Schwaben		1 245
120	Landsberg am Lech, Fürstfeldbruck-West	1 268
509	Fürth	1 272
113	Dachau	1 273
130	Traunstein	1 275
118	Fürstfeldbruck-Ost	1 293
712	Memmingen	1 308
131	Weilheim-Schongau	1 316
114	Ebersberg	1 327
608	Schweinfurt	1 343
713	Neu-Ulm	1 345
126	Pfaffenhofen a.d.Ilm	1 361
501-512 Wahlkreis Mittelfranken		1 362
706	Donau-Ries	1 375
602	Aschaffenburg-West	1 376
404	Coburg	1 400
402	Bamberg-Stadt	1 402
121	Miesbach	1 402
403	Bayreuth	1 405
601	Aschaffenburg-Ost	1 411
507	Erlangen-Höchststadt	1 412
204	Landshut	1 413
119	Ingolstadt	1 414
701-702	Augsburg-Stadt (gesamt)	1 428
Bayern insgesamt		1 443
116	Erding	1 444
610	Würzburg-Stadt	1 484
202	Dingolfing	1 566
117	Freising	1 599
501-504	Nürnberg-Stadt (gesamt)	1 656
129	Starnberg	1 712
508	Erlangen-Stadt	1 800
101-131 Wahlkreis Oberbayern		1 813
110	Altötting	1 816
305	Regensburg-Stadt	2 020
101-109	München-Stadt (gesamt)	2 523
123	München-Land-Nord	2 547
124	München-Land-Süd	3 022

Quelle: Steuer- und Finanzstatistik, Bayerisches Landesamt für Statistik, Stand 6.9.2018